

Das Ostpreußenblatt



UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



Jahrgang 52 – Folge 30

Erscheint wöchentlich
Postvertriebsstück. Gebühr bezahlt

28. Juli 2001

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Parkallee 84/86, 20144 Hamburg

C 5524

Love-Parade:

Die modernen Rattenfänger

Willenlos folgt die Jugend dem dröhnenden Stakkato

Ein neues Phänomen greift Platz. Plötzlich versammeln sich Tausende von Jugendlichen zu sogenannten Free-Parties, spontanen Techno-Festen, bei denen nicht nur dröhnende Stakkato-Musik die Gefühle in Trance versetzt. Auch Drogen gehen von Hand zu Hand, zwei Jugendliche starben Mitte Juli auf solchen Parties in Frankreich, der Staatspräsident spricht darüber in seiner Rede zum Nationalfeiertag, die Zeitungen sind seit Wochen dem Phänomen auf der Spur. Es gibt Widerstand in der Bevölkerung, die tanzenden Leibermassen zertrampeln die Fauna, die Kommunen bleiben auf den Schäden sitzen. Im Herbst wird sich die Nationalversammlung erneut damit befassen.

Es ist ein europäisches Phänomen. Auch in Deutschland regt sich Widerstand. Berlin erlebte (und erlitt) am vergangenen Wochenende die Love-Parade. Eine Schutzgemeinschaft Tiergarten hatte vergeblich versucht, durch rechtzeitige Anmeldung einer eigenen Demonstration die Parade zu verhindern. Ein Gericht hatte den Techno-Freaks den Status einer politischen Demonstration abgesprochen, mit der Folge, daß die Veranstalter Kosten wie die für die Müllbeseitigung selber tragen müssen. Doch trotz Millionenfazit ließen sie ihre Parade stattfinden. Und der Steuerzahler, gleich welcher musikalischen

Richtung er sich hingezogen fühlt, war natürlich auch mit dabei: Allein die Kosten für den Polizeieinsatz gingen in den siebenstelligen Bereich.

Für die einen ist die Love-Parade eine Friedensdemo, für die anderen eine Parade in die Irre, ein Beweis für die massenhafte Orientierungslosigkeit der Jugend heute. Eine Million junger Menschen waren es im letzten Jahr, der Tiergarten glich danach einem Schlachtfeld. In diesem Jahr waren es ein paar Tausend weniger; die Müllberge waren aber eher noch höher.

Wie kommt es, daß so viele junge Menschen sich um Lautsprecher versammeln oder einem gespenstischen Musikzug anschließen, der an den Rattenfänger von Hameln erinnert? Aus riesigen Lautsprechern von „Love-Trucks“ oder Verstärkersäulen dröhnt das Gehämmer. Aber ist Techno überhaupt Musik? Ernstzunehmende Wissenschaftler haben Zweifel. Viele Eltern auch. Man kann auch ganz ohne Wissenschaft diese Zweifel haben. Es genügt, das Stakkato nur ein paar Minuten lang zu vernehmen und die willenlosen Leiber in einer Disco zu beobachten, um in dieser Ansicht bestätigt zu werden.

Unmoderne Meinung? Es war im untergehenden Rom unmodern, nicht an wenigstens fünf Götter zu glauben. Dabei sagt der gesunde Menschenverstand schon, daß es doch nur einen Gott geben kann. Kein Sinn für die Jugend? Auch hier darf man getrost auf seinen Verstand und auch auf sein Herz zurückgreifen: Wer junge Menschen willenlos macht und das Laissez-aller zum obersten Prinzip erhebt oder gar mit Freiheit verwechselt, der hat keinen Sinn für die Sehnsucht junger Menschen nach Orientierung. Man kann nur hoffen, daß möglichst viele Eltern ihrem gesunden Menschenverstand folgen und nicht dem eigennützigen Geschwätz von Politikern, die glauben, damit jugendliche Wähler gewinnen zu können und solche unkontrollierbaren Mega-Parties für gut oder harmlos halten. Dabei weiß man längst, daß der weit überwiegende Teil der Partygänger sich für Parteien und Politik nicht interessiert und deshalb überhaupt nicht wählt. Eltern

haben recht, wenn sie ihren Kindern – viele sind jünger als sechzehn Jahre – die Teilnahme an diesen Happenings verbieten oder wenigstens dringlich davon abraten.

Manche Vorgänge während dieser modernen Woodstock-Treffen, etwa des „Liebeszuges“ durch Berlin, sind alles andere als harmlos. Die Polizei kann den Handel mit Drogen, insbesondere Ecstasy-Pillen, nur grob schätzen, aber alle Beteiligten wissen, daß er nicht gering zu veranschlagen ist. Er ist bei dieser Masse auch nicht kontrollierbar. Die weltoffene Unschuld vieler Jugendlicher ist immer wieder ein Markt für ein großes Geschäft, ja ein gigantisches, wenn Zehn- oder Hunderttausende junger Menschen in so kurzer Zeit auf so kleinem Raum zusammenkommen und die Behörden, die die Jugendlichen schützen sollten, naturgemäß versagen müssen. Wie soll man diese „wildern Versammlungen“ unter Kontrolle halten? Und: Wie kann man den anderen Aufgaben der inneren Sicherheit nachgehen, wenn fast alle Kräfte von solchen Massentreffen absorbiert werden?

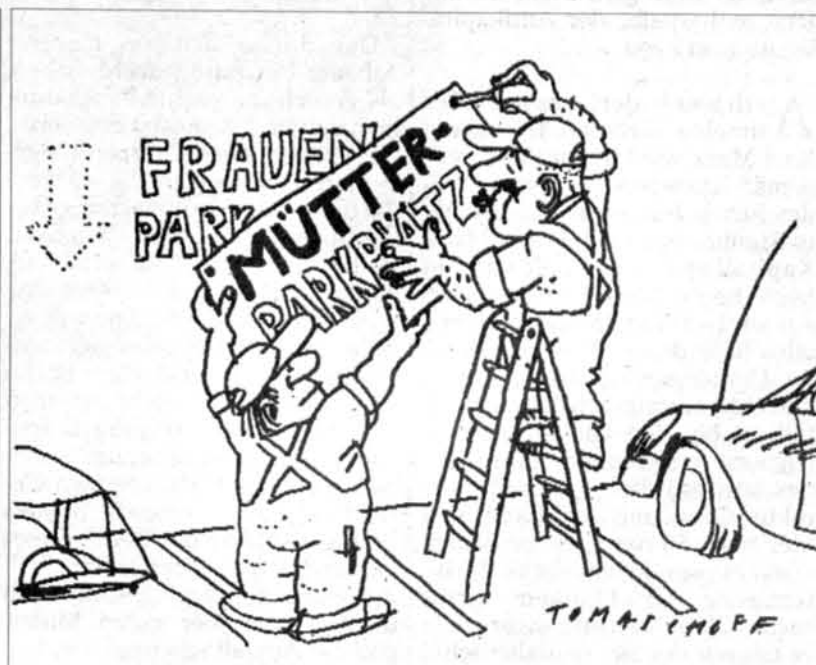
Solch eine Diskussion ist überflüssig. Es wäre jedenfalls Selbstbetrug, anzunehmen, diese neue Woodstock-Bewegung sei ein spontanes Ereignis der Liebe und Freude. Sie ist auch eine Massenflucht vor den Problemen unserer Zeit, und das größte Problem ist, daß so viele Menschen – nicht nur in Berlin – den Sinn für die wahre Liebe, das heißt auch für den Dienst am Nächsten, verloren haben. Es ist eine Flucht in das

»Die Macht der Bösen lebt von der Feigheit der Guten«

Gefühl des Vergessens, eine Selbstaufgabe in einer willenlosen, im wahren Sinn des Wortes „instrumentalisierten“ Masse. Dies zu sagen trauen sich viele Politiker, auch in der Union, nicht mehr. Lieber kleiden sie sich mit dem Mantel der Moderne und frönen dem Gott des Konsums.

Der große Seelsorger und Jugendpädagoge Don Bosco pflegte das so zu formulieren: »Die Macht der Bösen lebt von der Feigheit der Guten.« Gott sei Dank gibt es moderne Alternativen. Die Weltjugendtreffen des Papstes versammeln auch Millionen – ein Zeichen dafür, daß die Suche nach Sinn, Wahrheit und Liebe in der Jugend nicht überall in die Irre geht.

Jürgen Liminski



Zeichnung aus: Die Welt

Hans-Jürgen Mahlitz

Alter Wein, neue Schläuche

Unsere Massenkommunikationsmittel haben ihren neuen Medien-Star entdeckt: den „friedlich demonstrierenden“ Globalisierungsgegner. Er reist von Gipfel zu Gipfel (auf wessen Kosten eigentlich?), ist immer aufs neue ganz überrascht, daß da in seinem Windschatten auch gewalttätige Polit-Chaoten mitreisen, hinterläßt nach seiner Abreise ein Trümmerfeld von ausgekohlten Autowracks, zertrümmerten Fensterscheiben, demolierten Läden und Bankfilialen – und arrangiert für die Zwischenzeit bis zum nächsten Gipfel ein paar Demonstrationen gegen das „brutale Vorgehen der Polizei“.

Aber wenn der Begriff „friedliche Demonstranten“ auch noch so oft gebetsmühlenhaft wiederholt wird, der Wahrheit bleibt er darum genauso fern. Oder wollen diese „friedlichen Demonstranten“ und ihre willigen Helfer in den Medien uns wirklich weismachen, sie wüßten nicht ganz genau, daß ohne die von ihnen gewährte Deckung (im ideologischen wie im militärischen Sinne) kein Gewalttäter eine Chance hätte? Natürlich ist es nur eine kleine, radikale Minderheit, die politische Veranstaltungen – von Göteborg bis Genua – mit ihrem Terror überzieht. Aber diese äußerst effektiv agierende Krawalltruppe braucht ein Umfeld, aus dem heraus sie zuschlagen kann, in das sie sich anschließend wieder zurückziehen kann und in dem sie Sympathien und ideologische Unterstützung findet.

Genau dieses Umfeld bieten die „friedlichen Demonstranten“ – und zwar wissentlich! Mehr noch: Ihre verbalen Distanzierungen von der Gewalt, ihr Gejammer darüber, daß ihre edlen und berechtigten Anliegen von den

Krawallmachern in ein schiefes Licht gebracht würden – das alles klingt nicht sehr überzeugend, wirkt oft sogar ausgesprochen scheinheilig und verlogen.

Man brauchte nur aufmerksam zuzuhören, mit welchen Sprüchen die „Chefidelerin der Ultralinken“, Jutta v. Dithfurth, am letzten Sonntag ARD-Talkerin Sabine Christiansen nervte – das war zwar weitgehend jenseits der Grenze des Erträglichen, aber immerhin war es ehrlich: Ohne Krawalle, so verkündete die einstmalige grüne Emanze, würden die Globalisierungsgegner doch überhaupt nicht wahrgenommen. Mit anderen Worten: Der Zweck heiligt die Mittel; wer für sich in Anspruch nimmt, im alleinigen Besitz der Wahrheit zu sein, darf sich auch mit Molotow-Cocktails Gehör verschaffen!

Wie kaum anders zu erwarten, widersprechen die „friedlichen Demonstranten“ den Dithfurth-Thesen vehement. Aber das erinnert an jene Phase Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre, als der staatlich organisierte Kommunismus des Ostblocks zusammenbrach. Da durften wir uns ja auch von unbelehrbar-ewiggestrigen Linken anhören, der Sozialismus sei doch eigentlich eine prima Sache, nur leider von Leuten wie Stalin und Honecker mißbraucht oder fehlentwickelt worden.

Leider hat das bürgerliche Lager sich damals von dem Etappensieg des Ostblock-Zusammenbruchs blenden lassen und irrtümlich geglaubt, mit dem Ende von DDR und SU sei auch „der Kommunismus tot“. Gerhard Löwenthals fatale (und vielfach belächelte) Frage, wer ihm denn die „Leiche“ zeigen könne, ist heute

DIESE WOCHE

Der Kuckuck von Athen Berlins Auswärtiges Amt sitzt in der Klemme	2
Mißverständnis »Einheit« Arbeiterklasse, Europa oder Nation?	4
Rubel für die KPF Wovon Frankreichs Kommunisten lebten	5
Möglichkeiten zur Hilfe Hinweise für Verschleppte, Internierte und Vertriebene	7
Sehnsucht ohne Klage Gedenken an die Bildhauerin Ursula Engeleit	9
Demokratischer Anschein Die Strategie der PDS nach altem Muster	24

wieder ganz aktuell: Der Kommunismus lebt, und keineswegs nur in Form der SED-Fortsetzungspartei PDS.

Die „friedlichen“ und die gewalttätigen Aktionen zum Thema „Globalisierung“ bestätigen dies. Die sozialistische Bewegung steht traditionell auf zwei Beinen: dem antifaschistischen und dem antikapitalistischen. Das eine Bein heißt heute „Kampf gegen rechts“, ihm soll jetzt offenbar eine kleine Erholungspause gegönnt werden, bevor es in die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes 2002 geht. Also kommt jetzt mal wieder der Antikapitalismus zum Zuge.

Auch hier bedurfte es nur eines simplen verbalen Tricks, um Karl Marx wieder jung und zeitgemäß aussehen zu lassen. Was der inzwischen etwas angestaubte Stammvater noch Kapital bzw. Kapitalismus genannt hatte, heißt heute Globalisierung. Darauf wird – völlig undifferenziert – alles Böse dieser Welt projiziert. Im Umkehrschluß: Der politisch korrekte Gutmensch hat sich gefälligst bei den Globalisierungsgegnern einzureihen, und auch der strafrechtlich gar nicht korrekte Gewaltmensch kann sich hier nach Herzenslust bedienen, wenn er pseudomoralische Rechtfertigung für blanken Terror sucht. Globalisierung – für viele ist das nur der alte (sozialistische) Wein in neuen Schläuchen ...

www.ostpreussenblatt.de
Benutzername/User-ID: ob
Kennwort/PIN: 4213

Das Ostpreußenblatt
UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Chefredakteur:
Hans-Jürgen Mahlitz
(Verantwortlich f. d. redaktionellen Teil)

Politik, Zeitgeschehen, Feuilleton, Leserbrief: Peter Fischer, Hans Hekkel; Kultur, Unterhaltung, Frauenseite: Silke Osman; Geschichte, Landeskunde, Literatur: Dr. Manuel Ruoff; Heimatkreise, Landsmannschaftliche Gruppen, Aktuelles: N. N.; Ostpreußische Familie: Ruth Geede; Östliches Mitteleuropa: Martin Schmidt (Freier Mitarbeiter).

Ständige Mitarbeiter: Wilfried Böhm (Melsungen), Generalmajor a. D. Gerd H. Komossa, Dr. Jaroslav Opočenský (Prag)

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2000 Bezugspreis Inland 13,20 DM monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer. Ausland 16,60 DM monatlich, Luftpost 23,10 DM monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: Landesbank Hamburg, BLZ 200 500 00, Konto-Nr. 192 344. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen). – Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 24. Druck: Rautenberg Druck GmbH, 26787 Leer (Ostfriesland). – ISSN 0947-9597.



Telefon (0 40) 41 40 08-0

Telefon Red.-Sekretariat (0 40) 41 40 08-32

Fax Redaktion (0 40) 41 40 08 50

Telefon Anzeigen (0 40) 41 40 08 41

Telefon Vertrieb (0 40) 41 40 08 42

Fax Anzeigen und Vertrieb (0 40) 41 40 08 51

http://www.ostpreussenblatt.de

E-Mail: E-Post:

redaktion@ostpreussenblatt.de

anzeigen@ostpreussenblatt.de

vertrieb@ostpreussenblatt.de

landsmannschaft@ostpreussenblatt.de

Athen:

Wenn der Kuckuck ausfliegt

Das Auswärtige Amt in Berlin sitzt wegen mangelnder Kenntnis in der Klemme

Wenn alle Welt von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit einem Fingerschnippen Wiedergutmachungen, Entschädigungen oder wie immer man Reparationszahlungen aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges sonst bemänteln mag, einfordern kann, warum dann nicht auch Griechenland?

Das dürfte sich ein cleverer Athener Anwalt gedacht haben, als er sich aufmachte, Nachkommen von im Kriege von deutschen oder italienischen Truppen hingerichteten Partisanen zu suchen, für die er Wiedergutmachungsforderungen an den deutschen Staat stellte. Seinem Fleiß ist es zu verdanken, daß er so viele Betroffene fand, bis eine Forderung von 85 Millionen DM zusammengekommen war. Dann verklagte er Berlin auf Zahlung. Nun gibt es einen internationalen Grundsatz, genannt „Staaten-Immunität“, wonach ein Staat nicht von den Gerichten eines anderen Staates belangt werden darf. Auf dieses juristische Argument stützte sich die Bundesregierung und blieb untätig, war aber guten Mutes, daß der Anwalt scheitern werde.

Das war ein Irrtum. Schon in der ersten Instanz wurde Berlin von einem griechischen Gericht verdonnert, an die von dem Anwalt vertretenen Mandanten 58 Millionen Mark Wiedergutmachung zu zahlen, die Angehörige im Krieg als Partisanen oder als Opfer von deutschen Repressalien verloren hatten. In der plakativen Sprache unserer Medien nennt man solche Sühnemaßnahmen für Partisanen-

überfälle „Waffen-SS-Massaker“ und die Toten „Nazi-Opfer“. Da wagt niemand zu widersprechen.

Nachdem ein griechisches Gericht in der ersten Instanz dem Anwalt recht gab, mußte sich die Bundesregierung notgedrungen zu Aktivitäten aufraffen, um die Forderung von 58 Millionen Mark zurückzuweisen. Sie ging in die Berufung. Damit fielen die Juristen des Auswärtigen Amtes auf den Bauch.

Das Athener Landgericht hat entschieden, daß der Urteilspruch rechtens war und daß der Kläger sogar deutsche Liegenschaften in Griechenland zwangsversteigern lassen kann. Offiziell hat Joschka Fischers Auswärtiges Amt Härte demonstriert. Deutschland denke nicht daran, die unberechtigten Reparationsforderungen zu erfüllen, wurde verlautbart. Man verließ sich nur auf juristische Argumentation.

Der griechische Anwalt hat, um seine 58 Millionen Mark einzutreiben, einen Gerichtsvollzieher aktiviert, der am 12. September drei deutsche Einrichtungen pfänden soll, die dann versteigert werden, nämlich das Deutsch Archäologische Institut, das Goethe-Institut und die Deutsche Schule in Athen. Ist man damit durch, dann warten schon Dutzende ähnlicher Klagen vor griechischen Gerichten, so daß wohl nicht nur die deutschen Archäologen und deutsche Schulkinder kein Dach mehr über dem Kopf haben, sondern daß dann auch der deutsche Botschafter seine Geschäfte von einem Camping-

wagen aus erledigen muß. Was ist nun mit der immer wieder verbreiteten offiziellen Auffassung, Reparationsforderungen sollen erst im Rahmen eines Friedensvertrages geregelt werden, wobei dann auch auf den Tisch kommt, was die Siegermächte bereits bekommen haben (Demontagen, Annexionen, beschlagnahmte Patente und deutsche Firmen im Ausland usw.)? Zum anderen – und dieser Aspekt wird von deutscher Seite unerwähnt gelassen – handelt es sich bei Zivilisten, die als Partisanen oder im Rahmen von Sühnemaßnahmen erschossen wurden, keineswegs um Opfer völkerrechtswidriger Maßnahmen. Jede Besatzungsmacht hatte das Recht, sie zu erschießen.

Die Bundesregierungen aber duckten sich stets, wenn Vorwürfe aus der Zeit des Krieges erhoben wurden. Man verläßt sich auf juristische Formalien und verhält sich völlig anders als die Reichsregierung nach 1918, als Friedrich Ebert Reichspräsident war. Damals wurden bereits ganz ähnliche Vorwürfe erhoben. Die Reichsregierung berief prominente Wissenschaftler, um die Anschuldigungen zu prüfen und gegebenenfalls energisch zurückzuweisen, und hatte fast alle Parteien der Republik auf ihrer Seite.

Auf solche Ideen sind die Bundesregierungen noch nie gekommen. Sie zogen und ziehen den Kopf ein und zahlen was verlangt wird. So schreitet aber die Auspowerung Deutschlands immer weiter ungehindert fort.

Wolfgang Mönkeberg

Kommentar

Große Freiheit

Endlich besiegelte Bundespräsident Rau mit seiner Unterschrift seinen neuen, groß angelegten und schon lange erwarteten Befreiungsschlag: Gut vier Wochen vor der Zeit darf nunmehr beim Einkauf gefeilscht werden. Zudem dürfte erst im nachhinein dem freiheitlich ausgerichtetem Einkaufsbundesbürger vermutlich mit nicht gelindem Schrecken deutlich geworden sein, daß er mit seiner bisherigen Kaufgewohnheit seit über sechs Jahrzehnten im Banne eines, wie die Zeitung „Die Welt“ besorgt schreibt, „von Reichskanzler Hitler und Wirtschaftsminister Schmitt unterzeichneten Rabattgesetzes von 1933“ stand. Dies hat nun endlich ein Ende: Döner und Pizza, Radkreuz und Schuhföhl können ab sofort im Zuge der neuen Freiheit preisgünstigst erhandelt werden. Dies ist nicht nur, wie ebenfalls „Die Welt“ mit mühelos nachvollziehbarer Genugtuung schrieb, „ein weiterer, kleiner Sieg der Globalisierung“, sondern auch eine Öffnung zu außerhalb Mitteleuropas liegenden Handelsgewohnheiten hin, die an sich schon deswegen ihren eigenen Wert in sich tragen. Zudem dürfte das Zwischenmenschliche eine lebenspralle Bereicherung erfahren: Verstiegene Gelehrte wie verstockte Hausfrauen werden gleichsam in einem Schnellkursus in die schöne, neue Welt geführt – das bisher Unzulängliche wird nun vor Ort morgenländisches Ereignis. Was freilich weiterhin betroffen machen muß und irgendwie befremdet, daß die unseligen Verfügungen von einst auch jetzt noch für Bücher und Zeitschriften gelten sollen. Herr Bundespräsident!

Peter Fischer

Die unendliche Geschichte ...

Nach der Wirtschaft sollen nunmehr auch die Versicherungen zahlen / Von Martin LÜDERS

Kaum hat der Bundestag das Gesetz über die Entschädigung angeblicher und wirklicher Zwangsarbeiter aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges verabschiedet, mit dem sich die Deutschen zu zahlen verpflichten, und kaum hat man die Öffentlichkeit zu überzeugen versucht, daß damit alle Forderungen nach weiteren Wiedergutmachungen erledigt sind, da geht der Krach weiter. Zunächst meldete sich die „Stiftung polnisch-deutsche Aussöhnung“, die nicht zuletzt dadurch in die Spalten der Presse geriet, daß 125 Millionen DM, die ihr zur Weitergabe an ehemalige Zwangsarbeiter übergeben worden waren, verschwunden sind.

Die Polen behaupten jetzt, für die Auszahlung sei ein zu niedriger Kurs für die Umrechnung von Euro in Zloty zugrunde gelegt worden. Deshalb will jetzt der polnische Verein die deutsche Seite verklagen, obgleich er ausdrücklich die Auszahlung in Zloty verlangt hatte. Ab sofort soll nach dem Willen der Polen verfahren werden. Offensichtlich war die in den Medien verbreitete Meldung falsch, nach Verabschiedung des entsprechenden Gesetzes gebe es für die deutschen Firmen Rechts-

sicherheit. Man hatte bekanntlich die deutsche Seite damit erpreßt, daß in den USA deutsche Firmen verklagt würden, wenn die Bundesrepublik und die deutsche Wirtschaft nicht zehn Milliarden DM für Entschädigungen aufbrächten. Die Folgen der Klagen wären Beschlagnahmen deutscher

überlassen. Das aber verlangt die Kommission, obgleich, wie „Die Welt“ berichtet, der Wert aus den Versicherungspolice „nicht mehr als 30 Millionen DM beträgt“. Die „Internationale Kommission“ aber will allein 200 Millionen DM für Verwaltungskosten berechnen und weitere 350 Millionen DM für „humanitäre Vorhaben“ einsetzen.

Diese „Internationale Kommission für Versicherungsansprüche aus der Zeit des Holocaust“ hat, das kommt bei der Gelegenheit ans Tageslicht, ein flottes Leben geführt. 1998 wurde sie

gegründet, um von den deutschen Versicherungen die Gelder einzutreiben – angeblich für Holocaust-Opfer. Seitdem hat sie 60 Millionen DM an Verwaltungskosten verschlungen, und dieser Betrag wurde von der deutschen Seite auch noch vorfinanziert. Jetzt fordert sie dieselbe Summe noch einmal und droht, sonst die deutschen Versicherungen vor ausländischen Gerichten zu verklagen.

Der Vorsitzende dieser Kommission ist der ehemalige Außenminister der Clinton-Regierung, Eagleburger, der, wie „Die Welt“ berichtete, „jährlich eine knappe Million Mark für seine Arbeit in

der Kommission einstreicht“. Seit 1998 führte die Kommission jährlich etwa fünf Konferenzen auf Kosten der deutschen Versicherungen (und das heißt: der deutschen Versicherten) durch. „Die Welt“ zitiert ein Mitglied: „Wir stiegen stets im besten Hotel am Ort ab. Flüge waren selbstverständlich Business-Class und die Unterbringung erfolgte in Suiten.“ Ein Sprecher der Allianz-Versicherung illustrierte, die Kommission habe selbst die Tagungen geplant und durchgeführt, wobei man die deutschen Vertreter in Hotels minderer Qualität unterbrachte. Sie hatten lediglich zu bezahlen.

Was den weiteren Skandal ausmacht, faßt der „Welt“-Bericht so zusammen: „Die Allianz-Gruppe zahlte knapp 200 Polizen aus, die meisten davon an osteuropäische Empfänger – und teilweise nach eigenen Recherchen bereits vor der Gründung der Kommission. Der Großteil der Ansprüche aus Deutschland wurde bereits in den 50er und 60er Jahren im Rahmen des Bundesentschädigungsgesetzes ausbezahlt.“

Und jetzt soll nochmals alles auf den großen Tisch geblättert werden! Sonst droht die „Internationale Kommission“ mit folgen-schweren Privatklagen in den USA.

Martin Lüders

Die wirtschaftlichen Realitäten haben die Bundesregierung eingeholt. Während sich der Bundeskanzler im vergangenen Sommer noch in den Strahlen der vom niedrigen Euro-Kurs angeheizten Export-Konjunktur sonnen konnte, hängen zwölf Monate später dunkle Wolken am wirtschaftspolitischen Himmel. Was sich für kundige Beobachter schon im Lauf des Jahres 2000 abzeichnete, ist inzwischen ins allgemeine Bewußtsein gedrungen: die deutsche Wirtschaft ist im Abschwung.

Schon seit Anfang 2000 ist das Wirtschaftswachstum von Quartal zu Quartal zurückgegangen; im zweiten Quartal 2001 ist es vermutlich ganz zum Erliegen gekommen. Die von der Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht aufgestellte Wachstumsprognose von 2,75 Prozent für das Jahr 2001 ist damit nur noch Makulatur. Nicht einmal die Hälfte dieses Wertes halten führende Wirtschaftsforschungsinstitute heute noch für realistisch.

Auch auf dem Arbeitsmarkt ist die Schönwetterperiode vorbei. Ohnehin konnte sich die Bundesregierung auf diesem Feld nur mit Scheinerfolgen schmücken. So beruhte der Rückgang der Arbeitslosenrate allein auf demographischen Gründen: In den Jahren 1999 und 2000 schieden 436 000 mehr alte Menschen aus dem Erwerbsleben aus, als junge Menschen nachrückten. Demgegenüber ging die Arbeitslosenrate von Mitte 1999 bis Mitte 2001 um ganze 244 000 zurück. Und der von der Regierung gefeierte Anstieg der Beschäftigtenzahl beruhte allein auf veränderten Zählweisen bei Teilzeitarbeitern und geringfügig Beschäftigten. In Erwerbsstunden gerechnet ist der seit 1997 zu verzeichnende Anstieg des Arbeitsvolumens dagegen schon 1999 zum Stillstand gekommen.

Doch inzwischen haben sich auch die statistischen Effekte verbraucht. Saisonbereinigt nimmt die Zahl der Arbeitslosen seit Jahresbeginn von Monat zu Monat zu. Insgesamt ist sie seit Jahresende 2000 um 60 000 gewachsen, zuletzt von Mai auf Juni um 22 000. Eine Umkehrung dieser Entwicklung ist nicht in Sicht. Ganz im Gegenteil: Der Arbeitsmarkt ist ein konjunktureller Spätindikator. In vollem Umfang werden sich die Folgen des aktuellen Konjunktureinbruchs dort erst in einigen Monaten bemerkbar machen. Sein angesichts der demographischen Ausgangsdaten sehr bescheiden angesetztes Ziel, die Arbeitslosenrate bis zum Ende der Wahlperiode unter 3,5 Millionen zu senken, wird der Bundeskanzler allenfalls noch dadurch erreichen können, daß er im Wahljahr zweistellige Milliardenbeträge verpulvert, um mit Hilfe von ABM-Maßnahmen ein beschäftigungspolitisches Strohfeuer zu entfachen.

Im übrigen versucht der Bundeskanzler den Eindruck zu erwecken, als sei die verschlechterte Wirtschaftslage die Folge außenwirtschaftlicher Einflüsse und habe mit seiner eigenen Politik nicht das Geringste zu tun. Doch die Wahrheit sieht anders aus. Natürlich strahlt der Konjunkturabschwung in den USA auch auf Europa aus. Daß die Folgen in Deutschland aber ausgeprägter sind als anderswo, kommt nicht von ungefähr. Jetzt rächt es sich, daß die rot-grüne Bundesregie-

Konjunktur:

Die Lage kippt

Schröders mittelstandsfeindliche Politik schlägt jetzt auch auf den Arbeitsmarkt durch

Von Peter RAUEN, stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag

Seit Anfang an eine Politik gegen den Mittelstand betrieben hat. Während die Vertreter der Großindustrie vom Bundeskanzler hofiert und zu Kamingesprächen eingeladen werden, werden die Belange der kleinen und mittleren Unternehmen mit Füßen getreten. Um einige tausend Arbeitsplätze bei Holzmann kümmert sich der Bundeskanzler persönlich, der Verlust Hunderttausender von Arbeitsplätzen in der mittelständischen Bauwirtschaft ist ihm egal.

Der Mittelstand ist aber nun einmal das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Er stellt mehr als 80 Prozent der Unternehmen und ist mit 20 Millionen Beschäftigten der größte Arbeitgeber. Und nur von ihm können die Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze erwartet werden, die zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit erforderlich wären: Während in der Großindustrie durch Konzentrationsprozesse und Rationalisierung Arbeitsplätze verlorengehen, sind in den kleinen und mittleren Betrieben allein in den Jahren 1999 und 2000 996 000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden.

Das heißt aber auch: Wer eine Politik gegen den Mittelstand betreibt, betreibt zugleich eine Politik gegen die Arbeitnehmer und – vor allem – die Arbeitsuchenden.



Peter Rauen MdB

»Vertrauensbildend ist eine ruhige Hand nur dann, wenn das Schiff auf sicherem Kurs liegt, nicht aber dann, wenn es auf Grund zu laufen droht.«

Und genau dies ist der Vorwurf, den ich der rot-grünen Bundesregierung seit drei Jahren mache. Belege dafür gibt es mehr als genug.

Die Steuerreform des vergangenen Jahres, die die Regierung bis heute als Großtat für den Wirtschaftsstandort Deutschland feiert, kommt in allererster Linie den großen Kapitalgesellschaften zugute. Für sie ist der Körperschaftsteuersatz auf einbehaltene Gewinne zum 1. Januar 2001 um 15 Prozentpunkte von 40 auf 25 Prozent verringert worden. Dagegen ist der für die mittelständischen Personenunternehmen maßgebliche Einkommensteuertarif in der Spitze um gerade einmal 2,5 Prozentpunkte, von 51 auf 48,5 Prozent, gesenkt worden. Unter Einbeziehung von Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer liegt die ertragsteuerliche Gesamtbelas-



Stiefkind von Schröders Wirtschaftspolitik ist der Mittelstand: Protest gegen die Schließung eines mittelgroßen Betriebes nahe Berlin

stung der Kapitalgesellschaften bei 38,65 Prozent, die der Personenunternehmen dagegen bei 51,4 Prozent. Eine so massive Benachteiligung der Personenunternehmen hat es noch nie gegeben. Selbst wenn der Einkommensteuersatz im Jahre 2005 – endlich – auf 42 Prozent sinkt, bleibt noch eine Belastungsdifferenz von sieben Prozentpunkten, fast doppelt soviel wie vor der Reform.

Dagegen treffen die Kompensationsmaßnahmen den Mittelstand mindestens im selben Umfang, wenn nicht sogar stärker als die Kapitalgesellschaften. Besonders

Auch die Ökosteuer stellt für den Mittelstand eine besondere Belastung dar. Während die Großindustrie durch die Ausnahmeregelungen für besonders energieintensive Produktionszweige vor dem Schlimmsten bewahrt wird, müssen die meisten kleineren Betriebe die gestiegenen Produktions- und Transportkosten in voller Höhe tragen. Das geht für viele – man denke nur an das Speditionsgewerbe – bis an die Grenze der Existenzgefährdung und für nicht wenige leider auch darüber hinaus. Der traurige Rekord an Unternehmensinsolvenzen, der in der ersten Hälfte dieses Jahres zu verzeichnen war, legt davon Zeugnis ab.

Es ist aber nicht allein das Steuerrecht, mit dem die Bundesregierung den Mittelstand benachteiligt und belastet. Durch immer mehr Regulierung und Bürokratisierung hat die Bundesregierung gerade die kleinen und mittleren Unternehmen drangsaliert. Das Gesetz gegen sogenannte Scheinselbstständigkeit ist hier ebenso zu nennen wie der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit, die Einschränkung befristeter Arbeitsverhältnisse oder die Herabsetzung des Schwellenwerts für den Kündigungsschutz.

Die Krone aufgesetzt hat die Bundesregierung ihrer mittelstandsfeindlichen Politik aber mit der Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes. Die Gewerkschaften klagen seit langem darüber, daß ihnen nicht nur die Mitglieder davonlaufen, sondern auch der Anteil der betriebsratslosen Betriebe in den letzten Jahren immer größer geworden ist. Wohl nicht zuletzt deshalb, um sie für ihr Stillhalten bei der Steuerreform zu belohnen, hat die Bundesregierung jetzt ungeachtet aller Proteste eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes durchgesetzt, die dieser »Erosion« entgegenwirken soll. Die Beschäftigtengrenze, von der an Betriebsratsmitglieder freizustellen sind, wurde herabgesetzt, die Zahl der Betriebsratsmitglieder erhöht und der Zuständigkeitskatalog des Betriebsrats auf Angelegenheiten (beispielsweise

Umweltschutz und Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit) ausgedehnt, die mit den betrieblichen Belangen der Beschäftigten rein gar nichts zu tun haben.

Damit sind für die Unternehmen nicht nur erhebliche Mehrkosten (rund 30 Prozent) verbunden. Gerade der mittelständische Unternehmer, der mit seinem gesamten Vermögen für die wirtschaftlichen Folgen seiner Tätigkeit einzustehen hat, muß die Ausdehnung gewerkschaftlicher Fremdbestimmung als bedrückend und demotivierend empfinden.

Dabei hätte es durchaus Ansätze für eine sinnvolle, den Gegebenheiten der modernen Arbeitswelt und des Arbeitsmarktes entsprechende Reform des Betriebsverfassungsgesetzes gegeben. So fordert nicht nur die Union, die Fesseln des Tarifvertragsrechts zu lockern und Betriebsvereinbarungen auch über Löhne und andere üblicherweise durch Tarifvertrag geregelte Beschäftigungsbedingungen zuzulassen. Doch eine solche Reform, die die Bedingungen für betriebliche Bündnisse für Arbeit entscheidend verbessert hätte, wurde von der rot-grünen Mehrheit strikt abgelehnt.

Bisher hat die Bundesregierung alle Forderungen, der dramatischen Verschlechterung der Wirtschaftslage entgegenzuwirken, mit dem Argument zurückgewiesen, daß Konjunkturprogramme in einer globalisierten Wirtschaft wirkungslos bleiben müßten. Das beruht auf einem absichtlichen Mißverständnis. Niemand – am allerwenigsten die CDU/CSU – fordert milliardenschwere Ausgabenprogramme, deren einziger dauerhafter Effekt die Erhöhung der Staatsverschuldung wäre. Gebot der Stunde ist aber ein grundsätzlicher politischer Kurswechsel, der die strukturellen Bedingungen für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung nachhaltig verbessert. Genau dies ist das Ziel des von der CDU/CSU-Fraktion vorgelegten Zehn-Punkte-Programms. Im Mittelpunkt steht die Forderung nach Rücknahme der von der Koalition geschaffenen Beschäftigungshemmnisse, nach Schaffung eines hinreichend flexiblen Arbeitsrechts, nach einer grundlegenden Reform der Sozialsysteme und nach steuerlicher Gleichstellung des Mittelstands.

Von all dem will der Bundeskanzler nichts wissen. Er hofft auf bessere Zeiten und nennt das eine Politik der ruhigen Hand. Doch eines hat er bei seinem Selbstlob übersehen: Vertrauensbildend wirkt eine ruhige Hand nur dann, wenn das Schiff auf sicherem Kurs liegt, nicht aber dann, wenn es auf Grund zu laufen droht. Und genau dieses Schicksal droht der deutschen Volkswirtschaft unter dem Schönwetterkapitän Schröder.

Mazedonien:

Droht der fünfte Balkankrieg

Berlin stellt sich unter französischem Kommando halbherzig der neuen Lage

In Mazedonien wird nach wie vor geschossen. Die albanischen Rebellen der UCK halten das Grenzgebiet zum Kosovo besetzt, manche Stellungen liegen gefährlich nah an Skopje. Wenn die Nato nicht eingreift, wird es zum Bürgerkrieg zwischen dem albanischen und dem slawischen Teil der Bevölkerung kommen, die UCK ist im Partisanenkampf der mazedonischen Armee überlegen, an Mannschaftsstärke sowie an Motivation. Es wäre der fünfte Balkan-Krieg in zehn Jahren und für die Nato wahrscheinlich der gefährlichste. Denn anders als bei den Einsätzen im Kosovo hätte sie es mit mehreren Fronten und hochmotivierten Milizionären zu tun. Mannschaftsverluste wären unvermeidlich.

Diesen Bürgerkrieg zu verhindern, das sei die Aufgabe, der sich Deutschland im Rahmen der Nato nicht entziehen dürfe. So Bundesaußenminister Fischer. Aber es geht nicht nur um Mazedonien. Es geht auch um die Glaubwürdigkeit der deutschen Außenpolitik, wie Fischer ebenfalls mit erfreulicher Offenheit betonte. Das stimmt.

Diese Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel. Nur: Sie stünde es nicht, wenn die Regierung Schröder/Fischer und vor ihr die Regierung Kohl die Bundeswehr nicht zum Steinbruch der Haushaltskonsolidierung gemacht hätten. Seit Jahren ist bekannt, daß eine moderne Armee heute vor allem

für Kriseneinsätze tauglich sein muß und daß die entsprechende Umstrukturierung Geld kostet, nicht Geld spart. Die neuen Aufgaben erfordern höchsten technologischen Standard, entsprechende Ausrüstung und Ausbildung. Das ist auch entscheidend für die Motivation. Paris, London und Washington machen es vor, in Deutschland dagegen ist die Truppe nur noch bedingt einsatzfähig. Auch wenn die Deutschen in Mazedonien noch einmal im Rahmen einer Kooperation mit französischen und spanischen Soldaten und unter Kommando Frankreichs mit von der Partie sind, der Schaden ist bereits entstanden, die Glaubwürdigkeit steht in Zweifel.

Da können Schröder und Fischer jetzt noch so nachdrücklich ihre Bereitschaft zum Einsatz bekunden, bei den Verbündeten hat man längst registriert, wie wenig Wert Berlin auf die Bundeswehr legt. Der Beschluß der Nato zur Intervention erfolgte ohne die Deutschen. Man rechnet eigentlich nicht mehr mit ihnen.

Daß Berlin sozusagen noch in ein Boot unter französischer Flagge springt, bestätigt nur diese Einschätzung. Die Deutschen sind militärisch und damit auch politisch keine Führungsmacht. Berlin hat die außenpolitische Lage falsch eingeschätzt und das

wiederholt und schon seit einiger Zeit. Das angeschlagene deutsch-französische Verhältnis, die in Nizza offenbar gewordene Konzeptlosigkeit in der Europa-Politik, der Entfremdungsprozeß gegenüber Amerika, die Naivität gegenüber Rußland, es gibt mittlerweile eine ganze Reihe von Fehleinschätzungen. Sie werfen auch ein Licht auf das Machtverständnis der Regierung Schröder. Macht ist für diesen Kanzler vor allem eine Frage der wirtschaft-

die Achse der Welt, meinte de Gaulle. Er wußte, wie übrigens auch Adenauer, daß es ohne militärische Kraft keine Macht mit Einfluß auf das Geschehen in der Welt und selbst nur in Europa gibt. Das ist für Schröder und Co schwer zu begreifen. Dieser Kanzler kommt aus einer Generation, die ideologisch-pazifistisch geprägt wurde und teilweise die Bundeswehr am liebsten abgeschafft hätte. Jetzt holt sie der Schatten der Vergangenheit wieder ein. Man kann nicht endlos ungestraft Politik gegen die Wirklichkeit machen. Die starken Mächte heute heißen Amerika, es folgen mit Abstand Großbritannien, Frankreich. Sie haben ihre Wehrbudgets den Gegebenheiten angepaßt.

Die Deutschen sind zur Hilfs-truppe degradiert. Das wird keiner der Verbündeten sagen. Man ist froh, wenn Deutsche mitmarschieren, das verringert im Ernstfall die eigenen Verluste. Für Berlin kommt es jetzt darauf an, die möglichen menschlichen Verluste selber gering zu halten. Politisch aber ist das Kind, die Glaubwürdigkeit der Regierung Schröder, längst im Brunnen. Da helfen keine Beschwörungsformeln mehr. Diese Glaubwürdigkeit könnte nur noch durch eine Erhöhung des Wehrbudgets wiederhergestellt werden. Aber dafür gibt bei Rotgrün keine Basis. J. Liminski

Militärische Macht
braucht auch ein für unser Volk
nachvollziehbares Ziel

lichen Stärke. Aber Macht ist mehr. Es ist auch technologische, militärische und politische Stärke. Die Faktoren bedingen einander. Hinzu kommt die Demographie. Schon heute hat der deutsche Wirtschaftslöwe eine Silbermähne. Die Innovationskraft, für die permanente technologische Revolution unabdingbar, schwindet, und jetzt läßt auch die militärische nach.

Deutschland läuft noch einmal mit, mit einem letzten Aufgebot als Hilfstruppe. Macht braucht auch ein Ziel, lehrt Guardini. Kohl hatte immerhin Europa. Schröder hat nur sich selbst. Das Schwert ist

Gelten die
Untersuchungen des
Parlaments nichts?Anfrage Vera Lengsfelds an
den Bundestagspräsidenten

In einem Brief an den Präsidenten des Bundestages hat Vera Lengsfeld MdB darum gebeten, klarzustellen, notfalls mit Hilfe des Verfassungsgerichtes, welchen Wert Ergebnisse parlamentarischer Untersuchungsausschüsse haben. Die PDS versucht mit einer Prozeßflut zu verhindern, daß Erkenntnisse aus Untersuchungsberichten des Bundestages öffentlich zitiert werden.

Das betrifft besonders die Ergebnisse des Immunitätsausschusses in der 13. Legislaturperiode zur Stasi-Mitarbeit des Abgeordneten Gysi sowie die Berichte über das Parteivermögen der SED und verschwundenes DDR-Vermögen. Persönlichkeiten wie Bärbel Bohley und Freya Klier wird unter Androhung von Geldstrafen, ersatzweise Haft, untersagt, unter Bezugnahme auf den oben genannten Bericht des Immunitätsausschusses den Abgeordneten Gysi als Mitarbeiter der Staatssicherheit zu bezeichnen. Die PDS hat Vera Lengsfeld zu untersagen versucht, und zwar mit Androhung einer halben Million Mark Bußgeld, ersatzweise sechs Monate Haft, unter Bezugnahme auf die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses über das mutmaßlich verschwundene SED- und DDR-Vermögen öffentlich zu äußern. Da Vera Lengsfeld eine Unterlassungserklärung verweigerte, prozessierte die PDS jetzt gegen die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und die „Welt am Sonntag“, die entsprechende Berichte über beziehungsweise Leserbrief von Vera Lengsfeld veröffentlicht hatte.

In dem Brief von Vera Lengsfeld an Wolfgang Thierse heißt es: „Nach Lage der Dinge ist es unumgänglich zu bekunden, daß es legitim ist, aus veröffentlichten Untersuchungsberichten der Parlamente zu zitieren und parlamentarische Wertungen in der Öffentlichkeit zu verbreiten, ohne dafür gerichtlich belangt werden zu können. Die juristische Energie, die die PDS gegen die Arbeitsergebnisse von Parlamentsausschüssen entfaltet, läuft auf eine Schwächung der Parlamente hinaus. Schließlich können wir uns parlamentarische Untersuchungen sparen, wenn wir deren Ergebnisse nicht öffentlich verwenden dürfen.“

Gipfel-Elegie

Ruhe über allen Gipfeln,
kaum ein Hauch in Waldeswipfeln,
so besang's im Sturm und Drange
einst der Dichter – her ist's lange.

Heute stürmen die Touristen
auf die Gipfel, auf die Pisten.
Alle Ruhe ist verflogen,
Spaßgesellschaft eingezogen.

Gipfel selbst sind Platitüden,
die das Fernseh-Volk ermüden:
Klar, drum braucht die Jagd nach
Quoten
stürmisch drängende Chaoten!

Giga-Gipfler, Mega-Mächte,
Demonstranten, selbstgerechte,
Mikro-Hirne, Nano-Narren –
alle ziehen Mammons Karren ...

Pannonicus

Gedanken zur Zeit:

Das Mißverständnis mit der Einheit

»Einheit der Arbeiterklasse« und »Einheit Europas« ersetzen nicht die Nation / Von Wilfried BÖHM



Bei dem Wort „Einheit“ fühlen sich beide angesprochen, die SPD und die CDU. Doch ihre Strategen denken dabei nicht an die „Einheit der Nation“. Die der SPD haben die „Einheit der Arbeiterklasse“ im Sinn, die der CDU die „Einheit Europas“.

Für die Schröder-SPD beweist das deren skandalöse Einbeziehung der Kommunisten in die politische Verantwortung für ganz Berlin, nachdem in Magdeburg und Schwerin das rote Volksfront-Bündnis mit den Brüdern in Marx bereits vollzogen wurde. Die „Zwangsvereinigung“ des Jahres 1946 von SPD und KPD zur SED, die sich heute PDS nennt, erscheint heute in einem anderen Licht, als der tapfere Kampf vermuten ließ, den der unvergessene Kurt Schumacher gegen die Kommunisten in der Nachkriegszeit führte. „Rotlackierte Faschisten“ hatte er damals die Kommunisten genannt.

Heute also will die SPD mit den zwanzig Prozent Kommunisten und Mitläufern gemeinsame Sache machen, die achtzig Prozent der Menschen in ihrem Herrschaftsbereich ungefragt zum „Sieg des Sozialismus“ führen

wollten, einmauern und hinter Minen und Selbstschußanlagen gefangen hielten. Es ist ein Aberwitz der deutschen Geschichte, daß die Sozialdemokraten nicht nur ein Bündnis mit denen schließen, die vor einem guten Jahrzehnt mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ entmachteten wurden, sondern daß sie diesen Verrat an der deutschen Freiheitsrevolution des Jahres 1989 auch noch als „Beitrag zur inneren Einheit“ Deutschlands ausgeben. So identifiziert die SPD die Unterdrücker von einst mit den von diesen Unterdrückten und bestätigt in makabrer Weise „die führende Rolle der Partei in der DDR“.

Für die „Europapartei CDU“ bedeutet „Einheit“ die Vereinigung Europas, unter dem sie die Europäische Union (EU) in Brüssel versteht. Die Wiedervereinigung Deutschlands erschien ihr als ein Schritt auf dem Weg zu diesem vereinten Europa und nicht als das nationalstaatliche Ereignis „Deutschland einig Vaterland“. Deutsche und europäische Einheit seien „zwei Seiten ein- und derselben Medaille“, beliebte Helmut Kohl zu sagen, und Wolfgang Schäuble meinte, man habe bei der Wiederherstellung der staatlichen Einheit „absichtlich darauf verzichtet, das nationale Pathos anzusprechen. Das wäre für uns

und für unsere Nachbarn nicht gut gewesen“. So wurde der „Wirtschaftsstandort D“ auf die einst kommunistisch beherrschte DDR ausgedehnt und die schwarz-rot-goldenen Fahnen der nationalen Einheit schnellstens wieder eingepackt. Die Reise ins Blaue mit dem Griff nach den goldenen Sternen Europas wurde unverdrossen fortgesetzt.

Obwohl vierzig Jahre sozialistische Wirtschaft zwischen Rügen und Thüringer Wald allergrößte Anstrengungen erforderten, blieben die deutschen Zahlungen nach Brüssel unverändert hoch.

Mit Rücksicht auf unsere Nachbarn
wurde die Fahne der nationalen Einheit
schnellstens wieder eingerollt

So ist es auch nicht verwunderlich, daß die CDU auf eine umfassende geistige Auseinandersetzung mit dem Marxismus in der Annahme verzichtete, „das erledige sich von selbst“. Die SED blieb unter dem Namen PDS mit ihrer finanziellen und organisatorischen Struktur erhalten, kommunistische Organisation, Agitation und Propaganda wurden nach vierzig Jahren „Diktatur des Proletariats“ nicht etwa verboten, sondern aus der Staatskasse ge-

speist. Augenzwinkernd hieß es seinerzeit in Bonn, die PDS müsse schon deswegen bleiben, damit die SPD nicht zu stark würde.

Das kurzsichtige, ausschließlich parteitaktisch motivierte Verhalten verhinderte auch, daß sich die Deutsche Soziale Union (DSU) als eine Art Interessenpartei der Deutschen in den „neuen“ Bundesländern und möglicherweise als eine konservative Partei und somit Partner der Union in der deutschen Politik entwickeln konnte. Angesichts solcher kurzsichtigen Politik ist es überdies nicht verwunderlich, daß die nützlichen Idioten in den Medien ihren Stargast Gysi verhätschelten und sich eifrig mühten, seine Partei salonfähig zu machen.

SPD und CDU haben, jede auf ihre Weise, dazu beigetragen, daß der antitotalitäre Grundkonsens der deutschen Politik zerbrochen ist. Erst wenn beide Parteien mit dem Begriff „Einheit“ wieder den demokratischen deutschen Nationalstaat meinen, werden sie tauglich zur Abwehr aller Totalitarismen und zur Mitwirkung beim Bau des notwendigen, vereinten Europa, das sich auf seine demokratischen Nationalstaaten gründet. Als solche empfinden sich alle anderen europäischen Staaten, auf die es dabei ankommt.

Zitate · Zitate

„Die PDS ist nicht die Nachfolgepartei, sondern die Fortsetzungspartei der SED – nur ohne Moskau. Die müssen endlich kapieren, daß der Sozialismus letztlich ein System ist, das ohne eine Mauer aus Beton und Ideologie gar nicht existieren kann.“

Günter Schabowski
ehemaliges Mitglied
des Politbüros der SED

„Die PDS ist die Partei, die ohne Fahrschein im Intercity-Express mitfährt und sich laufend über den schlechten Service beklagt.“

Angela Merkel
CDU-Bundesvorsitzende

„Dieser Kerl faselt von Sozialismus und will doch in Wirklichkeit nur die SED-Diktatur und seine eigene Stasi-Verstrickung schönreden.“

Bärbel Bohley
Bürgerrechtlerin

„Ein Senat unter Tolerierung oder Mitwirkung der PDS ist ein Affront für jeden Amerikaner, der seit Kriegsende die Freiheit Berlins verteidigt hat.“

Don F. Jordan
Journalist und ehemaliger
Berater Bill Clintons

„Otto Schily hat erst kürzlich gesagt, diese Maßnahme sei nötiger denn je.“

Peter Gauweiler
zur Überwachung der PDS
durch den Verfassungsschutz

„Die Bundesrepublik ist in ihrer Substanz nicht demokratisch.“

Sahra Wagenknecht
Politikerin (PDS)

„Es gibt die PDS und es gibt Gregor Gysi, und die eine hat mit dem anderen nicht viel zu tun.“

Gerhard Schröder
Bundesvorsitzender der SPD
und Bundeskanzler

„Das Wählervotum kann so sein, daß wir über eine Zusammenarbeit mit der PDS sprechen müssen.“

Peter Strieder
Berliner SPD-Vorsitzender

„Die bundesdeutschen Politiker lassen sich nicht gern in die Karten schauen, wie sie punkto DDR gespielt haben. Aber im Interesse einer gesamtdeutschen Perspektive wäre genau das wichtig.“

Lutz Rathenow
Schriftsteller

„Für den EKD-Synodenpräsidenten Jürgen Schmude mag der Rechtsanwalt Wolfgang Vogel – der Unterhändler der DDR für den Gefangenenerkauf – ein guter Mensch gewesen sein, für mich aber war er ein Menschengroßhändler, der an unserem Kopfgeld gut verdient hat.“

Matthias Störck
Pfarrer und ehemaliger DDR-Häftling

„Nach den Rentennachzahlungen für systemnahe DDR-Bürger dürften bald die IMs Schmerzensgeld erklagen. Bei bundesdeutschen Gerichten ist alles möglich, wenn die DDR-Vergangenheit anhand von altbundesdeutschen Gesetzen juristisch seziert wird.“

Lutz Rathenow
Schriftsteller

„Die Katastrophe des Honecker-Besuches 1987 hätte nicht sein müssen, wenn man sich genauer mit den inneren Verhältnissen der DDR beschäftigt hätte.“

Dieter Haack
Präsident der bayrischen Landessynode

Frankreich:

Ohne Moskaus Geld keine KPF

Sowjet-Archive: »Klassenkampf« und »Volksfront« funktionierten nur mit Rubel

Völlig verschwiegen wurde in Frankreich und im Ausland die Veröffentlichung eines Buches von zwei französischen Journalisten, das die Finanzierung der französischen KP durch die Sowjetunion beschreibt. Nach Angaben eines seiner Autoren, des Rußlandexperten Pierre Lorrain, könne diese Verschwiegenheit allein durch Querschüsse seitens der früheren Weggefährten der untergegangenen Sowjetunion erklärt werden, die für längere Zeit noch die Welt des Verlagswesens beeinflussen. Auf 300 Seiten werden zahlreiche Dokumente zitiert, die ohne Zweifel beweisen, daß ohne das Moskauer Geld vermutlich die KPF eine Randerscheinung des französischen politischen Lebens geblieben wäre.

Das Interessante an dem Buch („L'argent de Moscou“, Plon Verlag) ist, daß die Autoren sich fast ausschließlich auf einschlägige Moskauer Dokumentationsquellen stützen konnten. Die Archive der einstigen sowjetischen Machtzentrale sind nämlich in fünf Abteilungen auf gegliedert, darunter die Archive des Zentralkomitees der KPdSU, die die Finanzbeziehungen zwischen der KPdSU und den ausländischen kommunistischen Parteien behandeln. Diese Sonderarchive werden derzeit von der amerikanischen Hoover Stiftung und der Bücherei des US-Kongresses ausgewertet. Insgesamt, das heißt für die fünf Archivfächer, wären rund hundert Millionen Dokumente auszuwer-

ten, so daß ihre Auswertung durch tausend Forscher ungefähr 37 Jahre benötigen würde. Um ein Abbild von den Schwierigkeiten zu geben, die die Aufarbeitung bolschewistischer Auslandsaktivitäten bereitet, sei darauf verwiesen, daß der Fonds des US-Kongresses hundert Millionen Dokumente beinhaltet, daß es aber von 5000 Archiven verwertet wird. Dieser Fülle des Materials steht eine schnelle Verwertung der sowjetischen Archive gegenüber, so daß diese Archive noch lange unberührt bleiben dürften. Die sowjetischen Archive sind fünfmal gegliedert: die Archive des Präsidenten der SU, die Mitte 1990 entstanden sind und fünfzig Jahren geheim bleiben sollen. Dann diejenigen des Zentralkomitees der KPdSU und diejenigen des russischen Sicherheitsministeriums sowie schließlich die des Instituts für Militärgeschichte. Hinzu kommen Auslandsarchive, die die Aktivitäten der Komintern umfassen und etwa die Hälfte der geraubten Archive des Deutschen Reichs.

Die Verfasser des Buches räumen ein, daß sie unter solchen Bedingungen nur tausendfünfhundert Dokumente ausgewertet haben, was immerhin schon eine einjährige Arbeit in Anspruch nahm. Laut Pierre Lorrain und seinem Mitverfasser, Victor Loupan (der beim „Figaro-Magazine“ Nachrichtenredakteur ist), bieten die sowjetischen Archive den Nichteingeweihten einen gespen-

stischen Einblick in die blutrünstige Außenpolitik Stalins. Bisher haben sich die russischen Staatsbehörden geweigert, dem Beispiel der bundesdeutschen Behörden zu folgen, die durch die Schaffung der Gauck-Behörde einen wenigstens oberflächlichen Zugang zum Wesen des Stasi-Regiments geboten haben.

Über die Namen und die „Sünden“ der sowjetischen Bürger, die in den stalinistischen KZs verschwunden sind, wird man noch lange rätseln. Die einzig brisante Ausnahme in der Geheimhaltung der jetzigen russischen Staatsverwaltung ist die Auslieferung der Dokumente, die das Massaker von Katyn betreffen, an die polnischen Behörden. Diese Dokumente wurden 1992 ausgehändigt. Ebenfalls in diesem Jahr lieferte Jelzin Frankreich die Dokumente des französischen „Deuxième Bureau“ (des damaligen Geheimdienstes), die 1943 von Paris nach Berlin überführt wurden und nach dem Krieg nach Moskau gelangt waren. Bei den übrigen Unterlagen herrscht der Anschein vor, daß Moskaus gegenwärtige Führungselite, die zudem noch überwiegend aus der KPdSU und der Regierung der Sowjetunion stammt, nicht besonders kooperationswillig ist und sich zudem offenbar noch mit großem Nutzen für die Ziele ihrer eigenen Außenpolitik auf die geheimen Erkenntnisse ihrer bolschewistischen Vorgänger stützt.

Pierre Campguilhem / P. F.

In Kürze

Teurer »Lump«

Man darf den österreichischen Bundespräsidenten Klestil weder als „Lump“ bezeichnen noch behaupten, diese Bezeichnung sei eigentlich zu harmlos für ihn – trotz seines Verhaltens bei der Herbeiführung der „Sanktionen“. So hat das Landesgericht Wien in erster Instanz entschieden und demzufolge den Salzburger FPÖ-Obmann Schnell zu einer Geldstrafe von 14 000 Mark oder 50 Tagen Arrest verurteilt. Das eröffnet interessante Perspektiven: Würde das Gericht alle Österreicher aburteilen, die ebenso denken wie Schnell, wären die Staatsfinanzen saniert und sogar noch die EU-Erweiterung finanziert – vorausgesetzt natürlich, daß die Delinquenten ihre Strafen nicht lieber absitzen. RKG

Kritik an P. Spiegel

Paul Spiegel, Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, hat laut der in New York erscheinenden deutsch-jüdischen Zeitung „Aufbau“ in Israel „blankes Entsetzen“ hervorgerufen. Der Grund: seine Forderung, Deutschland solle russischen Juden nur dann das Einwanderungsrecht erteilen, wenn sie Juden im Sinne des jüdischen Gesetzes seien.

Hilfe aus Bayern

Bayerns Sozialministerin Christa Stewens hat bei einem Besuch im südlichen Ostpreußen das „Haus Kopernikus“ in Allenstein als „Ort des Brückenschlags“ gelobt. Das Haus der Deutschen Minderheit wurde vom Freistaat mit 1,2 Millionen Mark bezuschußt.

»Moderater physischer Druck«

Dänische Abwehrfront gegen belasteten Botschafter / Von Jochen ARP

Als in Dänemark bekannt wurde, daß Israel als neuen Botschafter in Kopenhagen Carmi Gillon vorgesehen hat – er soll sein Amt nach der Sommerpause antreten –, ging ein Sturm der Entrüstung durch das Königreich. Gillon war früher Chef des israelischen Inlandsgeheimdienstes Shin-Beth und soll verantwortlich sein für die Folterung von über einhundert Palästinensern.

Dänische Parteien fordern, den neuen israelischen Botschafter sofort, nachdem er das Land betreten habe, vor ein Gericht zu stellen. Politiker bezeichneten die Ernennung des ehemaligen Folterers als eine Provokation und glaubten, daraus ablesen zu können, daß Israel mit der Ernennung auf die Kritik des sozialdemokratischen dänischen Außenministers Lykketoft an dem israelischen Premierminister Sharon reagiere, weil jener ihn verantwortlich gemacht hatte für die Ermordung Tausender palästinensischer Flüchtlinge. Als die israelische Regierung keine Anstalten machte, eine andere Persönlichkeit für den Botschafterposten in Dänemark zu nominieren, wurde die Erregung immer größer. Empörte Politiker von rechts wie links erhoben Protest gegen den Plan der israelischen Regierung, die jetzt sogar ankündigte, sie werde die Folter bei Verhören von Palästinensern wieder einführen.

Dänemark solle offiziell in Israel protestieren, so die Sprecherin der Liberalen wie auch der Fraktionsvorsitzende der Centrums Demokraten. Inzwischen hat sich eine Folteringsmehrheit gefunden, die tatsächlich offiziell diesen Protest einlegen will.

Der vorgesehene neue Botschafter, Carmi Gillon, vertritt betont die Auffassung, die erneute Ein-

zug von Essen und Schlafen. 1997 hat das UN-Komitee gegen Folter CAT festgestellt, „moderater physischer Druck israelischer Art“ verstoße gegen die UN-Folterkonvention. Nicht selten endet die Folter mit dem Tod des Verhörten.

Inzwischen schaltete sich der Folketingsabgeordnete der Centrums Demokraten, Arne Melchior, von 1975 bis 1979 Vorsitzender der „Dansk Zion istsamfund“, etwa vergleichbar mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland und Vorstandsmitglied der „Dansk-Israelisk Selskab“ (Dänisch israelische Gesellschaft) in die Diskussion ein. Er unterstützte die israelischen Pläne zur

„Wiedereinführung moderaten physischen Druckes bei Verhören“. Arne Melchior: „Folter kann unter gewissen Umständen nötig sein.“ Und er stellt anschaulich seine Ansicht dar: Falls er Polizist wäre und Palästinenser vor sich hätte, die in Verdacht stehen, etwas über Terroraktionen zu wissen, dann „würde ich mich daran halten, was moderater physischer Druck in der Verhörtechnik heißt“.

Scharf und höhnisch reagierte die rechtspolitische Sprecherin der Liberalen Partei, Birthe Hornbech: „Ich freue mich, daß Melchior endlich Klartext redet. Ich kann nämlich sein ekelregendes Moralisieren im Folketing nicht mehr

hören, wenn er permanent Christen belehrt, sie sollten mehr Menschenliebe gegenüber den Ausländern in Dänemark aufbringen. Es ist wohlthuend, daß er endlich zugibt, daß er selbst für Folter eintritt, wenn sie von seinen eigenen Leuten angewandt wird.“

Vor Jahren machte sich Arne Melchior einen Namen, als er eine Kampagne entfesselte gegen den Folketing-Kandidaten der deutschen Volksgruppe in Dänemark. Weil die deutsche Minderheit die 2-Prozent-Sperrklausel zur Folketingwahl nicht mehr schaffte, hatte sie ein Wahlbündnis mit den Centrums Demokraten geschlossen, einer kleineren Partei der Mitte.

Die Volksgruppe empfahl ihren Anhängern die Wahl der CD, während die Centrums Demokraten einen deutschen Kandidaten auf einen aussichtsreichen Listenplatz setzten. Das war einmal erfolgreich. Als nach dem Tode des deutschen Folketingmitgliedes die Volksgruppe einen anderen Kandidaten nominierte, der sich im Krieg freiwillig zum Kampf gegen den Bolschewismus gemeldet hatte, hintertrieb der CD-Politiker Melchior die Zusammenarbeit, weil er auch die dänische Waffen-SS pauschal für Kriegsverbrechen verantwortlich machte.

Jetzt tritt er für die Folterung von Palästinensern ein. ■

Die Folter gilt trotz Ächtung immer noch als probates Mittel politischer Einschüchterung

Die Folter gilt trotz Ächtung immer noch als probates Mittel politischer Einschüchterung. Inzwischen hat sich eine Gruppe junger israelischer Rechtsanwälte den Protesten gegen die Ernennung Gillons angeschlossen. Was tatsächlich Folter ist, nennt Israels Regierung „Anwendung moderater physischen Druckes“. Diese „Vokabel israelischer Herkunft“, so das Rehabilitations- und Forschungszentrum für Folteropfer RCT in Kopenhagen, heißt Folter mit mittelschweren körperlichen, oft lebenslangen Schäden wie Schläge auf den Körper und ins Gesicht, Aufhängen an auf dem Rücken zusammengebundenen Händen, stundenlanges Liegen in verkrampfter Körperstellung, Ent-

Geschichtsbilder:

Durchbruch zum Diskurs

Drei Jahrzehnte deutsch-polnische Schulbuchkommission / Von Karlheinz Lau

Rückblickend kann die 1972 von den UNESCO-Vertretungen beider Länder eingesetzte deutsch-polnische Schulbuchkommission auch als ein Ergebnis der ostpolitischen Entkrampfung gesehen werden.

Die Kommission sollte Vorurteile und Feindbilder in den Schulbüchern abbauen helfen. Dies konnte nur erreicht werden, indem man gemeinsame Sichtweisen zu den einzelnen Epochen der tausendjährigen deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte erarbeite.

Angesichts der historischen Belastungen seit Ende des 18. Jahrhunderts – Stichworte: polnische Teilungen, Versailler Vertrag, NS-Besatzungspolitik, Vertreibung der deutschen Bevölkerung östlich von Oder und Lausitzer Neiße, Verlust der Ostgebiete – schien dies ein fast unmögliches Unterfangen zu sein. Das Bild des Deutschen in Polen und des Polen in Deutschland war zu Beginn der 70er Jahre eindeutig bzw. weitgehend negativ geprägt.

Eine weitere Hypothek bildete die Tatsache, daß die polnischen Kommissionsmitglieder bis zur Wende im Auftrag einer kommunistischen Volksrepublik handelten und natürlich die damals verbindlichen Geschichtsbilder ihres Staates vertreten mußten, beispielsweise die These von den „wiedergewonnenen urawischen Gebieten“ oder die Negierung einer deutschen Volksgruppe in Oberschlesien oder Masuren.

Auf deutscher Seite zeichnete von Beginn an das „Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung“ in Braunschweig für die Zusammenarbeit verantwortlich. Der Name dieser von den meisten Bundesländern getragenen Einrichtung besagt bereits, daß vielfältige vergleichende Schulbucharbeit geleistet wird, so auch mit Frankreich, Israel oder den USA.

Das Eckert-Institut beruft die Mitglieder der Schulbuchkommissionen. Was die deutsch-polnischen Gespräche betrifft, warf man den Braunschweigern vor 1989 eine einseitige Handhabung vor. Es kämen, so hieß es, nur Wissenschaftler zum Zuge, die mehr oder

weniger einseitig die polnischen Positionen vertraten.

Diese Kritik ist im Zusammenhang mit den 1976 in der Bundesrepublik und in Polen veröffentlichten 26 Empfehlungen für das Fach Geschichte zu sehen, die in der Tat polnische Auffassungen zur Oder-Neiße-Linie, zur Vertreibung, zur Spaltung Deutschlands usw. beinhalteten. 300 000 Exemplare dieses bedenklichen Rahmenwerkes wurden in der Folgezeit in Westdeutschland unter Volk gebracht.

Es kam damals zu einer heftigen Debatte, zumal SPD-geführte Länder die Empfehlungen an Schulen verteilen ließen und sie zum Maßstab für die Zulassung von Unterrichtsmaterialien erklärten. Die Kultusministerkonferenz lehnte es immerhin ab, die 26 Punkte als eine eigene Empfehlung für den historisch-politischen Unterricht an den Schulen der Bundesrepublik Deutschland zu verabschieden.

Die Kritik wurde, allen entsprechenden Legenden zum Trotz, keineswegs nur von den Vertriebenenverbänden getragen. Sie war auch nicht destruktiv, sondern mündete in die „Alternativ-Empfehlungen zur Behandlung der deutsch-polnischen Geschichte in den Schulbüchern“, die unter Federführung von Professor Menzel – einem exzellenten Kenner ostdeutscher Geschichte – ausgearbeitet und 1978 veröffentlicht wurden.

Gut ein Jahrzehnt nach dem Umbruch in Europa sieht man die damaligen Kontroversen mit größerer Klarheit. Dies gilt insbesondere für den geringen Verhandlungsspielraum der polnischen Vertreter in der gemischten Schulbuchkommission. Das imperative Mandat durch das kommunistische Polen wurde bereits erwähnt; hinzu kam die totale Abhängigkeit von der Sowjetunion. Letztere erklärt auch, warum in den Empfehlungen weder das Geheime Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt von 1939 noch die Ermordung polnischer Offiziere in Katyn auftauchten.

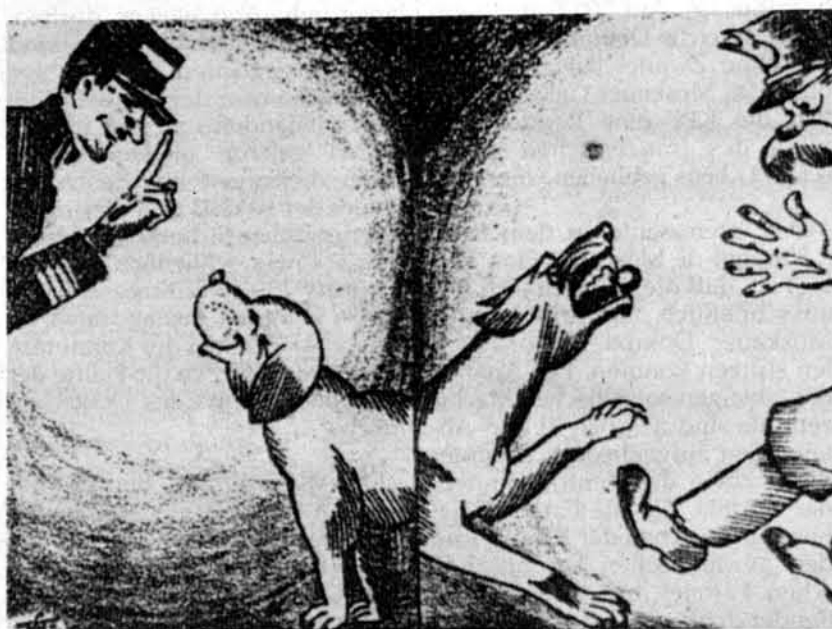
Ein weiterer Punkt wurde erst nach der Wende bekannt: die massive Einflußnahme der DDR auf die Schulbuchgespräche.

Um so mehr ist es zu würdigen, daß sich in den regelmäßigen Konferenzen beiderseits der Grenze zwischen den meisten Teilnehmern ein freundschaftliches Verhältnis entwickelte und bei den Kammingesprächen auch sehr viel inhaltliche Übereinstimmung zeigte, die sich dann offiziell naturgemäß nicht widerspiegelte.

Als weiteres Positivum kann festgestellt werden, daß seit Veröffentlichung der Empfehlungen in den 70er Jahren das Thema Polen in der

Auch personell gab es einen Wandel; viele jüngere Wissenschaftler (auf deutscher Seite oft aus den neuen Bundesländern) arbeiten jetzt in der Schulbuchkommission mit.

Auf den Konferenzen der 90er Jahre kam man überein, die Empfehlungen von 1976 durch wissenschaftlich aktualisierte Materialien für die Fächer Geschichte und Geographie zu ersetzen. Das Ergebnis liegt nun vor: in Gestalt des vom Eckert-Institut herausgegebenen Bandes „Deutschland und Polen im



Karikatur „Der deutsche Hund“ (1925): Feindbilder prägten beide Völker

bundesdeutschen Unterrichtswirklichkeit mehr Bedeutung gewann.

Der Umbruch von 1989/90 brachte dann einschneidende qualitative Veränderungen für die Schulbucharbeit. Politische Tabus fielen weg, und es begann ein freier Dialog freier Wissenschaftler. Die vorherigen Streitthemen konnten nun offen angesprochen werden, ohne daß man in jedem Fall zu gemeinsamen Sichtweisen gelangte. Dies zeigt sich etwa hinsichtlich des Potsdamer Abkommens, das nach polnischer Interpretation bereits eine endgültige Regelung der Grenzfrage bedeutete.

zwanzigsten Jahrhundert“. Dieser geht an die Kultusministerien, Schulbuchverlage sowie interessierte Pädagogen etc. und liefert ihnen „Handreichungen“ (keine Richtlinien!) für die Schulpraxis.

Bei der Umsetzung bestehen besonders in den neuen Ländern Probleme, zumal dort zu DDR-Zeiten bekanntlich die gesamte Thematik Ostgebiete, Vertreibung usw. tabu war. Hier müssen gezielte Angebote an den Universitäten und in der Lehrerbildung den Nutzwert der Schulbuchempfehlungen steigern.

Der Verfasser arbeitet seit 1988 in der deutsch-polnischen Schulbuchkommission mit.

Blick nach Osten

Korruptionsaffären

Warschau – In Polen sind in der letzten und vorletzten Woche kurz nacheinander drei Korruptionsaffären ruchbar geworden. Zuerst entließ Regierungschef Buzek angesichts zweifelhafter Vorgänge in zwei Ministerien den stellvertretenden Verteidigungsminister Szeremietiew und beurlaubte Tomasz Szyszko, den Minister für Telekommunikation. Dann nahm die Polizei auch noch den ehemaligen Leiter der Polnischen Versicherungsanstalt PZU Zycie, Grzegorz Wiczerczak, fest. Dieses Unternehmen gehört zu der mit 15 Millionen Mitgliedern größten Versicherung des Landes und befindet sich zu 56 Prozent in Staatsbesitz. In Bezug auf die inkriminierten Investitions- und Kreditgeschäfte von Wiczerczak und einigen anderen früheren und heutigen PZU-Beschäftigten sprach Justizminister Iwanicki vom „größten polnischen Korruptionsskandal seit dem Ende des Kommunismus“.

Beutekunst-Museum

Frankfurt/Oder – Der Danziger Schriftsteller Günter Grass hat sich für den Bau eines deutsch-polnischen Museums für strittige Gemälde, Skulpturen, Bücher, Manuskripte, Partituren usw. ausgesprochen. Anlässlich seiner Ehrung mit dem Viadrina-Preis der Universität Frankfurt/Oder für „Verdienste um die deutsch-polnische Verständigung“ behauptete er am 13. Juli, daß sich der Streit um die Beutekunst nur auf diesem Wege beilegen lasse und nicht durch beidseitige Rückgabe des widerrechtlich angeeigneten fremden Eigentums.

Literaturbeziehungen

Darmstadt – Das Deutsche Polen-Institut (DPI) plant die Herausgabe eines Lehrerheftes „Bausteine für den Deutschunterricht. Polnische Literatur und deutsch-polnische Literaturbeziehungen“. Wie es in der neuesten Ausgabe der „Nachrichten“ des Darmstädter Instituts heißt, sollen mit der Veröffentlichung vor allem Deutschlehrer der Sekundarstufe II angesprochen werden sowie Klassen, die sich am Schüleraustausch mit Polen beteiligen bzw. eine Klassenfahrt ins Nachbarland vorhaben.

Neue Unterrichtshilfen:

Gut bis mangelhaft

Materialband des Georg-Eckert-Instituts erschienen / Von Martin Schmidt

Erst eigene Reiseerfahrungen im Osten vermögen die Vorstellungen von einem uninteressanten, unterentwickelten und von Autodieben bevölkerten Land durch positive Assoziationen zu ersetzen oder zumindest zu erweitern. Da hierzu aber die Bereitschaft fehlt, bleibt man, zugespitzt formuliert, in einem Teufelskreis aus Unkenntnis und Vorurteilen stecken.

Einen anderen, mühsamen Weg der deutsch-polnischen Annäherung hat das Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung beschritten, indem es für den Geschichtsunterricht den umfangreichen Band „Deutschland und Polen im zwanzigsten Jahrhundert. Analysen – Quellen – didaktische Hinweise“ veröffentlichte.

Diese chronologisch bewußt ungeordnete Aneinanderreihung von 205 – meist sehr aufschlußreichen – Textdokumenten, Fotos und Abbildungen wird um qualitativ unterschiedliche Einführungstexte ergänzt. Der Leser muß sich zum Beispiel gleich am Anfang darüber ärgern, daß Klaus Zernack das zäh-

lebigste Klischee vom polnischen „Opferlamm“ bemüht.

So heißt es bei dem seit 1987 als Vorsitzender der deutschen Abordnung der gemischten Schulbuchkommission amtierenden Historiker über die Auseinandersetzungen mit Deutschland und der Sowjetunion kurz nach dem Ersten Weltkrieg: Die Polen seien „sogleich in zahlreiche bewaffnete Konflikte um

gute historische Zusammenfassungen und brauchbare didaktische Empfehlungen. Hervorzuheben ist das Kapitel „Migrationen: Arbeitswanderung, Emigration, Vertreibung, Umsiedlung“ von Włodzimierz Borodziej und Hans Lemberg. An diesem stört nur eine sprachliche Fehlleistung im Schlußabschnitt, wo in Bezug auf die Massenausiedlung von Deutschen aus Oberschlesien, Masuren,

Zählebigste Klischees vom polnischen »Opferlamm«

die Ausgestaltung und die Sicherung ihres Staatsgebietes hineingezogen“ worden. Tatsächlich handelte die Regierung in Warschau jedoch sowohl in Posen und Oberschlesien als auch bei der Eroberung der weißrussischen und ukrainischen Gebiete des sogenannten „Ostpolens“ als Aggressor.

Neben solchen Unzulänglichkeiten und überflüssigen Kapiteln wie dem ideologietriefenden Abschnitt über „Frauenrollen, Frauenrechte, Frauenbewegungen“ finden sich

Hinterpommern u. a. in die Bundesrepublik zwischen 1975 und 1990 – wohl als Folge eines Übersetzungsfehlers – von einer „Migrationswelle von Polen nach Westdeutschland“ die Rede ist.

Annehmbar sind auch die Ausführungen Piotr Madajczyks über „Die deutsche Minderheit in Polen und die polnische Minderheit in Deutschland“ oder das von Jan M. Piskorski verfaßte Kapitel „Erbfeindschaften. Antipolonismus, Preußen- und Deutschland-

haß, deutsche Ostforschung und polnischer Westgedanke“.

Als Diskussionsanreiz schließt ein Ausblick von Hans Henning Hahn mit dem Titel „Europäische Einigung und nationale Identität“ den Rahmenteil ab. Er bietet anstelle der üblichen Euroduselei bedenkenswerte Überlegungen und erfrischende Feststellungen wie die folgenden: „(...) die Europäische Union ist nicht das Telos der Geschichte (...). Jedenfalls ist sie „nicht“ identisch mit Europa – die Gesellschaften, die heute außerhalb der EU stehen, sind darum nicht weniger europäisch.“

Deshalb entbehrt der Slogan „Zurück nach Europa“ jeden wirklichen Sinngehalts – Polen, Tschechien, Rußland und andere Länder (...) sind immer ein Teil Europas gewesen, auch, als sie unter kommunistischer Diktatur leben mußten.“

Unterm Strich ist die lange erwartete und in beiden Sprachen herausgegebene Materialsammlung, vor allem was den Quellenteil angeht, eine brauchbare Arbeitshilfe für Lehrer und eine anregende Lektüre für alle, die sich für die wechselvolle deutsch-polnische Nachbarschaftsgeschichte interessieren.

Die vor kurzem erschienene Lehrerhandreichung des Georg-Eckert-Instituts (Celler Straße 3, 38114 Braunschweig, Tel.: 0531-590990, Fax: 5909999, Internet: www.gei.de) ist zum Preis von 18,- Mark über den Buchhandel erhältlich.



Stellt man eine x-beliebige bundesdeutsche Schulklasse vor die Wahl einer Klassenfahrt nach Polen – sagen wir Krakau oder Lods – oder nach Großbritannien bzw. Frankreich – etwa nach Bristol oder Lille – so steht das Ergebnis fest. Mit 99prozentiger Sicherheit wird gegen Polen entschieden.

Zwar hat man sich längst an die im heutigen Deutschland tief verinnerlichte Westorientierung gewöhnt, doch normal und rational nachvollziehbar ist sie nicht. Denn, um bei den Beispielen zu bleiben, Krakau ist sicherlich schöner als Bristol.

Kontaktstellen:

Möglichkeiten für Hilfe

Hinweise für Enteignete, Verschleppte, Internierte und Vertriebene

Von Bernhard KNAPSTEIN

Die Vielzahl der Artikel in *Das Ostpreußenblatt*, die Erfassung der deutschen Zwangsarbeiter durch den Arbeitskreis Deutsche Zwangsarbeiter (AKDZ), unterstützt von der Landsmannschaft Ostpreußen, sowie die unterschiedlichen Stiftungen, die gegenüber verschiedenen Personengruppen aus dem Vertriebenenbereich tätig sind, führen oftmals zu Verwirrung. Es soll daher an dieser Stelle noch einmal dargestellt werden, welche Institutionen auf welcher gesetzlichen Grundlage tätig werden. Nur eines kann man allerdings mit Sicherheit voraussagen: weder irgendeine Stiftung noch die Staaten Deutschland, Polen und Russland zahlen derzeit an deutsche Opfer von Enteignung, Verschleppung, Internierung und Vertreibung irgendeine Entschädigung.

Stiftung ehemaliger politischer Häftlinge

Die unter Aufsicht des BMI stehende Stiftung für ehemalige politische Häftlinge mit Sitz in 53175 Bonn, Würzenerstraße 106, Telefon 02 28/36 89 37-0, gewährt aufgrund § 18 Häftlingshilfegesetz (HHG) Antragstellern eine finanzielle Unterstützung, wenn diese sich bei Verurteilung, Internierung oder Verschleppung durch die sowjetische Besatzungsmacht oder durch polnische, tschechische oder rumänische Behörden im „politischen oder sonst rechtswidrigem Gewahrsam“ befunden hatten (vgl. OB 52/00 und 27/01). Schon dem Gesetz nach geht es nicht um Zwangsarbeit, sondern um Verschleppung und Internierung. Im Falle einer rechtswidrigen Verurteilung muß zuvor über das Auswärtige Amt (zur Weiterleitung an die Deutsche Botschaft in Moskau), Werderscher Markt 1, 10117 Berlin, die Rehabilitierung durch Rußland erreicht werden.

Antragsteller erhalten von der Stiftung einen vierseitigen Antragsbogen. Ob im rechtlichen Sinne „Gewahrsam“ vorgelegen hat und eine Unterstützungswürdigkeit vorliegt, entscheidet indessen nicht die Stiftung selbst, sondern die zuständige HHG-Behörde des Antragstellers. Ein Ablehnungsgrund kann, ohne als Ausschließungsgrund im HHG gesetzlich Erwähnung gefunden zu haben, offensichtlich auch darin bestehen, daß der Beschädigte in früheren Jahren bereits Leistungen nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz (KgeG) erhalten hat. Der Bund hat die Kommunen angewiesen, in der Ausstellung der Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG großzügig zu verfahren. Nicht alle HHG-Behörden haben diese Anweisung zur Kenntnis genommen. In der Praxis hat dies bereits zu kuriosen und auch zu verfassungsrechtlich bedenklichen Entscheidungen geführt. Nahezu identische Schicksale (z.B. Verschleppung und Internierung nach Tscheljabinsk, Sibirien) wurden in Bremen und Bremerhaven nicht als Gewahrsam im Sinne des Gesetzes anerkannt und die Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG verweigert, während Hamburg

die Bescheinigung ordnungsgemäß erteilte. Die Stiftung ist an das Vorliegen der Bescheinigung der kommunalen HHG-Behörde formal gebunden. Im konkreten Fall von vier Frauen, die gleichzeitig in einem Lager bei Tscheljabinsk interniert waren, erhielt die Person mit dem höchsten Einkommen eine Einmalzahlung in Höhe von DM 4000,-, während den anderen Frauen mit geringerem Einkommen die Bescheinigung verweigert wurde. Die Widerspruchsverfahren sind eingeleitet.

Der Vorsitzende des Stiftungsvorstandes, Lehmann, hat gegenüber der Landsmannschaft Ostpreußen darauf hingewiesen, daß die entscheidenden Mitglieder im Bewilligungsausschuß der Stiftung selbst ehemalige politische Häftlinge sind und daher jeder Antragsteller mit Verständnis und Sachkenntnis rechnen dürfe.

Ehemalige Zivilverschleppte und Zivilinternierte aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße mit Wohnsitz in der Bundesrepublik sollten in jedem Fall bis zum Fristablauf am 31. Dezember 2001 einen Unterstützungsantrag stellen.

Heimkehrerstiftung

Die ebenfalls bundesunmittelbare Heimkehrerstiftung mit Sitz in 53179 Bonn, Konstantinstraße 56, Telefon 02 28/9 57 43-0, gewährt dagegen einmalige Unterstützungsleistungen an ehemalige Kriegsgefangene und sogenannte Geltungskriegsgefangene. Bis Anfang 2000 hatte sie an diesen Personenkreis zudem auch Rentenzusatzleistungen gewährt.

Voraussetzung für eine einmalige Unterstützungsleistung durch die Heimkehrerstiftung ist das Vorliegen einer finanziellen Notlage. Der monatliche Netto-Einkommensgrenzwert für Alleinstehende liegt dabei nach Abzug der Grundmiete bei DM 1800,-, für Ehepaare bei DM 2500,-. Die „Notlage“ muß sich aber auch durch einen konkreten Bedarf nach einer Unterstützungsleistung auszeichnen. Dieser Bedarf ist z.B. gegeben, wenn der ehemalige Kriegsgefangene wegen Gebrechlichkeit eine vom Sozialträger nicht finanzierte Gehhilfe benötigt. Aber auch eine Erho-

lungsmaßnahme (ohne Reisekosten) kann nach Aussage der Stiftung darunter fallen. Die Unterstützung wird in der Regel maximal einmal jährlich gewährt. Geltungskriegsgefangene waren vor allem auch zivile Personen, deren Internierung mit den Kriegshandlungen in einem engen Zusammenhang stand. Für den Zeitraum zwischen Januar und dem 8. Mai 1945 besteht insoweit eine gewisse Überschneidung mit dem durch die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge betreuten Personenkreis. Die Heimkehrerstiftung prüft insoweit, wann die Kampfhandlungen vor dem 8. Mai 1945 in dem ehemaligen Wohngebiet des Antragstellers beendet waren und welcher Zusammenhang zwischen der Internierung und den Kampfhandlungen bestanden hat. Im Zweifel wird der Antragsteller an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge verwiesen.

Arbeitskreis Deutsche Zwangsarbeiter

Die Erfassung deutscher Opfer von Zwangsarbeit durch den AKDZ, der dabei von der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützt wird, dient zunächst der Dokumentation dieser Schicksale und der Anregung der öffentlichen Diskussion über einen würdigen und angemessenen Umgang mit den Opfern. Fernziel soll auch die Entschädigung der Opfer sein, deren Umsetzung ohne öffentliche Debatte nicht realistisch ist. Alle Opfer von Zwangsarbeit werden hier erfasst, unabhängig vom Herkunftsort, vom Grund des etwaigen Ablebens und vom Status der Zwangsarbeiter als Kriegsgefangene bzw. Zivilinternierte sowie unabhängig vom Verrichtungsorrt der Zwangsarbeit.

Ein schönes Zwischenziel dieser Erfassungsmaßnahme wäre ein Erreichen der Beseitigung der bisher gesetzlich vorgegebenen Definition von Gewahrsam. Das Besondere dieser Schicksale ist nämlich weniger die Internierung an sich, als vielmehr die jahrelange sklavenerartige Haltung und Ausnutzung der Arbeitskraft der Betroffenen insgesamt. Überhaupt keine Unterstützung, geschweige denn eine Entschädigung erhalten



Geschafft! Ein kleiner Junge wird aus dem Abteilfenster eines Flüchtlingszuges gehoben, der mutmaßlich viele Tage von der ostdeutschen Heimat bis zum Anhalter Bahnhof der deutschen Hauptstadt brauchte. Doch in Berlin dürfen Vertriebene nur 24 Stunden bleiben, dann geht die Fahrt ins vorläufig Unge- wisse weiter. Erst viele Jahre später, inzwischen sind deutsche Teilstaaten entstanden und Ostdeutschland steht weiter unter fremder Verwaltung, versucht die Bundesrepublik Deutschland durch sogenannte „Lastenausgleichszahlungen“ eine materielle Stabilisierung einer großen Anzahl von Vertriebenen zu erreichen. Doch nicht alle erhalten „Lastenausgleich“. Unentschädigt bleiben auch Verschleppte, die zumeist viele Jahre in den Lagern und Fabriken der Vertreiberstaaten unter oft unmenschlichen Bedingungen ohne Entgelt arbeiten mußten. Nicht zuletzt durch die großzügig und mitunter sogar mehrmals gewährten Zahlungen deutscher Bundesregierungen an „Fremd- und Zwangsarbeiter“ ehemaliger Kriegsgegner erheben die Opfer der Vertreibung billigerweise die Forderung nach Gleichstellung. Bislang weigern sich fast alle maßgeblichen deutschen Politiker, dieser Forderung nachzukommen. Es wird daher auch bei den Vertriebenen liegen, diesen berechtigten Forderungen den nötigen Nachdruck zu verschaffen.

derzeit die in der ostdeutschen Heimat zurückgebliebenen Deutschen.

Der von der LO unterstützte AKDZ gewährt mit der Erfassungsmaßnahme also keine finanziellen Mittel und kann auch Entschädigungsleistungen durch Dritte nicht unmittelbar durchsetzen. Er arbeitet vielmehr gegen die vorherrschende Ignoranz in der bundesdeutschen Politik gegenüber dieser Opfergruppe und betreibt wichtige Aufklärungsarbeit. Der nachweisliche Unterschied etwa zwischen polnischen „NS-Zwangsarbeitern“ in Ostpreußen und den deutschen Opfern aus Ostpreußen besteht darin, daß sich polnische Opfer zu einem Teil gerne an die Zeit in Ostpreußen und dem Reich zurückerinnern und sogar nachfragen, ob sie nicht ein Deutschlandtreffen der Ostpreußen besuchen dürfen (sic!). Nicht ein einziger Ostpreuße wird sich – so er denn überlebt hat – gerne an die sowjetische Zeit in Königsberg zwischen April 1945 und Ende 1948 oder an die Lager im sibirischen Tscheljabinsk zurückerinnern.

Der AKDZ hat bis dato über 32 000 Opfer registriert.

Lastenausgleich und Vertriebenenzuwendung

Von dem bisherigen Komplex Verschleppung und Internierung

mit der Folge von Zwangsarbeit zu unterscheiden sind die Zuwendungen aufgrund des Lastenausgleichsgesetzes (LAG) und aufgrund des Vertriebenenzuwendungsgesetzes (VZG).

Der ehemals in den alten Bundesländern gewährte Lastenausgleich oder die Kriegsschadenrente für erlittene Vermögensverluste sind im Beitrittsgebiet nach dem 3. Oktober 1990 wegen der Einschränkungen gemäß Einigungsvertrag nicht gewährt worden. Als Kompensation hierzu hat der Gesetzgeber mit Verabschiedung des VZG eine Einmalzahlung an die Vertriebenen in Mitteldeutschland – ohne Nachweis von Vermögensverlusten – in Höhe von DM 4000,- gewährt. Anträge auf Lastenausgleich und Vertriebenenzuwendung können nicht mehr eingereicht werden. Die Vertriebenenzuwendungsverfahren sind fast vollständig abgeschlossen.

Auch für die aufgrund dieser Gesetze gewährten Mittel gilt: Es handelt sich nicht um eine Entschädigung, sondern um eine eine schicksalsbedingte Zuwendung.

Für den Lastenausgleich gilt dementsprechend weiterhin der Grundsatz: Wer sein Vermögen zurückerhält, muß nach § 349 LAG auch den Lastenausgleich bis zur Höhe der erlangten Entschädigung zurückzahlen. Es besteht insoweit sogar eine Meldepflicht.



Eines der seltenen erhalten gebliebenen Dokumente über eine Internierung: ein Entlassungsschein aus einem sowjetischen Lager nach Brandenburg aus dem Jahr 1947, unterzeichnet von einem Offizier der Roten Armee. Aber viele Verschleppte blieben namenlos, ausgeliefert der Willkür der Vertreiber.

Angst vorm Wähler

Betr.: Folge 22 – „Das Schlacht-Roß Europa“ und „Von der ‚Konsensdemokratie‘ zur ‚Räte-republik‘“

Es ist beängstigend, wie unverfroren sich Politiker in Deutschland gegenüber dem Staatsvolk (Wähler) verhalten. Ohne Scham wird tatsächlich öffentlich gefordert, das Zuwanderungsgesetz, eine Maßnahme von gravierender Bedeutung, noch vor der nächsten Bundestagswahl im kommenden Jahr durchzupeitschen, um so dem Wähler jede Einflußnahme zu nehmen. Scheinbar sind schon alle Weichen gestellt, obwohl die von der Regierung eingesetzte Zuwanderungskommission erst im Juli ihr Ergebnis vorlegte.

Dabei hätte gerade das Volk, das mit den Zuwanderern zusammenleben muß und die Auswirkungen des Gesetzes zu tragen hat, sehr gut mit seinem Votum bei der Bundestagswahl mitwirken können.

Die Angst der etablierten Parteien in Deutschland vor dem Wähler ist groß, denn sie beschränken den Volkswillen in dieser „Demokratie“ nur auf das nach dem Gesetz unbedingt notwendige Maß. Selbst dieses soll noch weiter durch die angestrebte Verlängerung der Legislaturperiode von vier auf fünf Jahre reduziert werden. Volksentscheide und Volksbegehren, in anderen Ländern selbstverständlich, lehnen unsere Volksvertreter aus Angst ab, denn das würde zwar mehr Demokratie, aber einen gewaltigen Machtverlust für die Parteien bedeuten.

Es ist unverkennbar, daß parteipolitische Ideologien am Volk vorbei durchgesetzt werden. Vor der Wahl werden die Stimmen der Wähler unter Verwendung von nebulösen Parteiprogrammen und falschen Versprechungen erschlichen, um nach der Wahl die Bürger für unmündig zu erklären und am Volk vorbeizuregieren. Dieses ist derzeit durch die schwache und profillose Opposition umso fataler. Das geplante Zuwanderungsgesetz liegt ebenso voll im Trend der allgemeinen Entwicklung einer Parteiendiktatur wie die Abschaffung der D-Mark und die bevorstehende Osterweiterung der EU, die der ungefragte brave Steuerzahler sehr schmerzhaft zu spüren bekommen wird.

Übrigens, in diesem Zusammenhang läßt die größte Partei, die der „Nichtwähler“, grüßen.

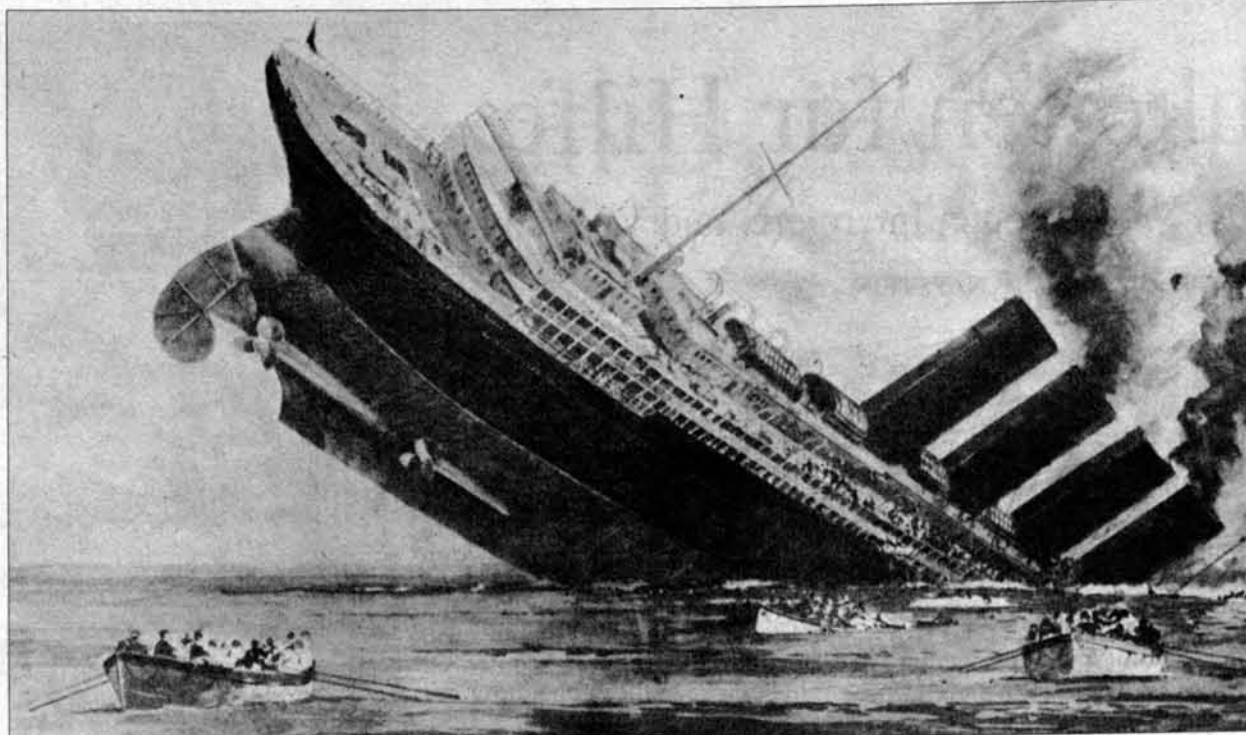
Werner Schittig, Panker

Skandalös und feige

Betr.: Folge 27 – „Verbrechen ‚im Dienste‘?“

Skandalös ist die Antwort des Berliner Senats und feige dazu. Er versteckt sich hinter der „Gewerbeordnung“, auf die er keinen Einfluß habe. Der wäre sicher sehr groß, wenn jemand auf die Idee käme, ein „Café Josef Göbbels“ zu eröffnen. Aber wir lernen aus der beschämenden Antwort noch mehr. Ilja Ehrenburg hat seinem Land einen patriotischen Dienst erwiesen, während unsere Soldaten lediglich als Verbrecher ausgezogen sind. Dabei stelle ich fest, daß es versäumt wurde, Ilja Ehrenburg den Literatur-Nobelpreis zu verleihen, paßt er doch so schön zu Ernest Hemingway. Zwei verwandte Seelen ...

Ruth Bachmann, Bad Arolsen



Untergang der „Lusitania“: Hierzu schreibt unser Leser Prof. Dr. H.-J. Maurer aus Bodolz: „Seit langem ist bekannt, daß die ‚Lusitania‘ unter anderem Munition geladen hatte. Die US-amerikanischen potentiellen Passagiere waren durch eine Zeitungsanzeige der Kaiserlich Deutschen Botschaft davor gewarnt worden, zur Reise nach Großbritannien ein britisches Schiff zu benutzen. Aus dem Originalmanuskript von Commander Kennworthy (The Freedom of Seas, 1927) geht hervor, daß die ‚Lusitania‘ ‚bewußt‘ in die U-Boot-verseuchte Zone geschickt wurde, um ‚die internationale Legalität und den Erfolg der deutschen U-Boot-Offensive vor dem Gerichtshof der öffentlichen Meinung testen zu lassen‘. Inwieweit Churchill, damals Erster Lord der Admiralität, hierfür verantwortlich gemacht werden kann oder muß, muß offen bleiben. Auf jeden Fall war die Versenkung der ‚Lusitania‘ Anlaß, die Stimmung in den USA gegen das kaiserliche Deutschland aufzuheizen und deutscherseits den U-Boot-Krieg wieder einzuschränken.“

Es kann nicht sein, was nicht sein darf

Betr.: Folge 23 – „Bewußt lügen!“

Es gibt kaum eine Lüge, die von unserer angeblich so aufgeklärten Gesellschaft nicht willig geglaubt wird. Walter Lippmann, führender US-Journalist der 30er und 40er Jahre: „Erst wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang in die Geschichtsbücher der Besiegten gefunden hat und von nachfolgenden Generationen geglaubt wird, kann die Umerziehung wirklich als gelungen angenommen werden.“ In dem hier anstehenden Fall hat sich die Lügenpropaganda eines Sefton Delmer offenbar als absolute Wahrheit manifestiert.

Der Verfasser dieses Briefes gehört zu dem Kreis, der nach Prof. Grieser 1944/45 euthanastisch hätte „entsorgt“ werden müssen. Beweise kann Herr Prof. Grieser für seine These nicht erbringen – denn es gibt keine.

Im August 1944 geriet ich in der Normandie schwerverwundet in US-Gefangenschaft und wurde auf einem US-Hauptverbandsplatz beinamputiert und nach dem Präriestaat Oklahoma in das Glennan-General-Hospital (Okmulgee) verbracht. Von hier wurde ich im Dezember/Januar 1944/45 über das Internationale Rote Kreuz (Schweiz) gegen kampfunfähige Verwundete der USA, Englands, Kanadas und so weiter ausgetauscht. Warum diese Aktion der Heimholung Schwerverwundeter in die Heimat? Wäre es den damaligen Machthabern nicht ein Leichtes gewesen, uns ganz im Sinn von Prof. Grieser zu „entsorgen“? Das Gegenteil war der Fall. Wir wurden damals in Konstanz von der Bevölkerung sehr, sehr herzlich, fast mit überschwenglicher Freude begrüßt. Später wurden wir – soweit noch möglich – auf die Heimatlazarette verteilt. Hier wurden wir vorzüglich betreut, gepflegt und dann auch noch prothetisch versorgt.

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges hat es meines Wissens fünf Austauschverfahren von Verwundeten mit den Westmächten gege-

ben. Um hierüber Näheres zu erfahren – offiziöse Literatur gibt es offenbar darüber nicht – wandte ich mich 1996 an das Militärgeschichtliche Forschungsamt in Potsdam. Reaktion: Keine! Auf mehrmalige Nachfrage erhielt ich die Antwort, daß meine Anfrage einem Sachbearbeiter übergeben worden sei. Datum: 16. Januar 1997. Das war's. Eine Antwort steht bis dato aus. Fazit: Es besteht ganz offenbar kein Interesse daran, humane Vorgänge der Kriegszeit aufzuheilen; denn die Kenntnisse hierüber stören die gängige Lehrmeinung der „willigen Helfer“ eines Mister Lippmann. Es kann nicht sein, was nicht sein darf.

Herr Prof. Dr. Grieser, offenbar ein Vertreter der modernen Histo-

rikerzunft, scheint meines Erachtens äonenweit von den Maximen eines Leopold v. Ranke entfernt zu sein. Ranke machte das Verfahren der „objektiven Quellenkritik“ zur Grundlage seiner Geschichtsforschung. Er versuchte das Handeln der historischen Personen aus ihrer Zeit, aus ihrer Situation heraus zu erklären. Dadurch vermied er, historischen Vorgängen nachträglich eine subjektive Interpretation aufzupropfen. Ranke forschte eben und indoktrinierte nicht. Vielleicht könnte Herr Prof. Dr. Grieser sich einmal wohlwollend an diesen preußischen Historiographen erinnern. Ranke ist einem Teil unserer Historiker zum Nachstreben sowieso wärmstens zu empfehlen.

Dr. rer. nat. Hans-Joachim Meyer Alfeld

Erfahrungen eines Kindersoldaten

Betr.: Folge 23 – „Bewußt lügen!“ und „Anschwellender Bocksgesang“

Mein Mann, Jahrgang 1929, ist 1994 an den Folgen des „Herzkatheters“ gestorben, doch kann ich Ihnen berichten, was ich aus seinen Berichten zu oben Genanntem beisteuern kann.

Als 15jähriger Heeresmusikschüler war er von Bückeburg aus, hoch motiviert (verantwortlich für das Schicksal des Vaterlandes), zum Fronteinsatz im Westen bestimmt worden. Der amerikanische Militärbericht besagt, daß der stärkste und standhafteste Widerstand auf dem ganzen Vormarsch östlich der Weser, just im Raum Bückeburg war, also von Knaben in Uniform. Mein Mann geriet in Gefangenschaft, durchlief acht offene amerikanische Gefangenenlager, unter anderem Bad Kreuznach. Es muß die Hölle gewesen sein. Die Kameraden starben dahin wie Fliegen. Nach langen Monaten wurde mein Mann mit schlimmen Hungerödemen entlassen.

Die Bevölkerung wurde gezwungen, sich amerikanische Propagandafilme anzusehen. Sie ent-

hielten zum Teil die unwahrscheinlichsten Unterstellungen. Als mein Mann Bilder erkannte, die mit gefälschten Texten versehen waren, wollte er aufbegehren. Doch besonnene Erwachsene hinderten ihn zum Glück daran.

Auch wußte mein Mann zu berichten, daß bereits in deutscher Zeit schwerst Kriegsversehrte, den Augen der Bevölkerung entzogen, in Häusern mit guter Versorgung untergebracht waren. Es gab auch Mädchen, die diese Männer heirateten und sich ganz der Pflege ihrer Männer widmeten.

Sigrid Dembik-Hagen Alfeld

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwandler gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleibende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Treffende Analyse

Betr.: Folge 17 – „Schröders ‚Recht auf Faulheit‘“

Ihre Analyse ist so treffend, daß ich Ihnen hierzu gratuliere. Ich lese seit Jahren „Hamburger Abendblatt“, „Harburger Anzeigen und Nachrichten“, „Die Zeit“, zum Teil „Süddeutsche Zeitung“ und „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ sowie seit Herbst letzten Jahres noch „Das Ostpreußenblatt“. Noch nie habe ich einen Hinweis gelesen, 1990 gleich zu Beginn dem Staat den direkten Eingriff in die DDR-Wirtschaft zu übertragen, abgesehen von Statements des O. Lafontaine. Das war ein kapitaler Fehler, der der Wirtschaft in die Farben spielte, der uns Steuerzahler aber noch endlose Jahre zur Kasse bittet.

Ich bin 1938 in Ostpreußen geboren; 1944 wurden wir vertrieben und kamen nach Cainsdorf/Zwickau. 1948 zogen die Eltern mangels Lebensmittel mit uns nach Hamburg. In die alte DDR kam ich nur bis Salzwedel und erst 1990 in das Erzgebirge zurück. Sie brauchten nur einen Bleistift und Karoblock, um zu erkennen, daß der Umbau der Wirtschaft ohne staatlichen Direkteneingriff 30 bis 50 Jahre dauern würde. Das Kapital geht nur dahin, wo satte Renditen zu erwarten sind. Aldi und Rewe karren lieber ihre Waren von West nach Ost, statt dort Fabriken entstehen zu lassen. Nach einer Übergangszeit von etwa zehn Jahren wäre der freie Markt dran gewesen. 20 bis 25 Prozent Arbeitslose sind heute ein sozialer Sprengstoff, der nur durch das gleiche Wunder wie die Wiedervereinigung beendet werden kann. Darauf sollte kein Politiker warten!

Im Gespräch mit einem jungen Mann aus dem Ost-Harz im Jahre 1990 sagte ich, zirka 30 Jahre kann und wird die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West brauchen. Ich entschuldige mich und sage heute, die Chance ist gleich null. Leid tut mir insbesondere die Jugend, die teilweise ohne jegliche Perspektive aufwächst. Fast jedes Jahr fahren wir zu einem alten Schulfreund ins Erzgebirge. Die neugebauten Bundesstraßen und Autobahnen sind ein Lichtblick, aber sonst ist alles tröstlos, gerade wenn man die stillgelegten Fabriken sieht.

Herr v. Leesen, danke für obige Kolumne. Sie war und bleibt ein Leckerbissen. Hans Aschmötat Hamburg

Rettung von Juden

Betr.: Folge 27 – Leserbrief „Keine Beliebigkeit“

Das zitierte Kanzlerwort ist von „ab 75jährigen“ mit Nachsicht zu genießen. Ich selbst – heute 83 Jahre – war Soldat jüdischer Herkunft in der Uniform der Wehrmacht des Großdeutschen Reiches. Immerhin war durch diese Konstellation – diesen feldgrauen Waffenrock – eine „Rettung von Juden“ möglich. Das Zentrum für Antisemitismus-Forschung (unter Herrn Prof. Wolfgang Benz) schenkte mir hohe Beachtung, um so mehr, als ich jüdisch aufwuchs (Brith Mila und Barmizwa) und durch Tolstois Zitat „Soldaten sind Mörder“ in einen tiefen seelischen Konflikt geriet.

Hans-Joachim Lehmann Norderstedt

Von Zoom bis Zagel

Wörterbücher und Lexika führen durch den Sprachdschungel

Kaum eine Reform hat die Gemüter so sehr erregt wie die sogenannte Rechtschreibreform. Man wollte die Orthographie vereinfachen, sagten die Reformer. Schüler hätten zunehmend Schwierigkeiten, die oft gewiß nicht einfachen Regeln der deutschen Sprache zu beherrschen. – Wie bitte haben es Generationen vor ihnen geschafft? – Also mußte eine Reform her. Als das Kind längst in den Brunnen gefallen war, die Schreibweise so vieler liebgewonnener Wörter radikal geändert wurde, war plötzlich Protest zu vernehmen. Schriftsteller gingen auf die Barrikaden und weigerten sich, ihre Werke nunmehr im neuen Deutsch zu schreiben; Zeitungsredaktionen blieben beim Althergebrachten (wie *Das Ostpreußenblatt*) oder entwarfen haus-eigene Versionen. Viele Schüler aber kämpfen weiterhin gegen und mit den neuen Regeln. Die Verwirrung war vorprogrammiert.

„Solange niemand eine sowohl stimmige als auch allgemeiner Zustimmung gewisse Rechtschreibreform vorzuschlagen vermag, sollte man bei der herkömmlichen Orthographie bleiben“, so Theodor Ickler vom Institut für Germanistik an der Universität Erlangen. „Sie funktioniert ausgezeichnet, findet breiteste Anerkennung und ist anpassungsfähig genug, sprachliche Neuentwicklungen aufzunehmen.“ Und so machte man sich daran, eine „vom Duden unabhängige Neudarstellung des wirklichen Schreibgebrauchs“ zusammenzustellen und zunächst

in einer kleinen Auflage zu veröffentlichen. Daraufhin gingen Verbesserungsvorschläge ein, die in der nunmehr vorliegenden Fassung berücksichtigt wurden. Entstanden ist Das Rechtschreibwörterbuch (Leibniz Verlag, 56329 St. Goar, 520 Seiten, geb., 29,80 DM) mit einer Anleitung zum richtigen Schreiben und einem ausführlichen Wörterverzeichnis, das allerdings auf Erläuterungen verzichtet, aber auch Namen bedeutender Deutscher, darunter die der Ostpreußen Agnes Miegel, E.T.A. Hoffmann oder Max und Bruno Taut, erwähnt. Von Schmant bis Gyros, von Zoom bis Zagel haben Ausdrücke aus allen Lebensbereichen Aufnahme gefunden. Selbst die alte Krönungsstadt der preußischen Könige wurde für würdig befunden, mit ihrem guten deutschen Namen aufgenommen zu werden. Eine „kurze Anleitung zum rechten Schreiben“ und die Hauptregeln der deutschen Orthographie ergänzen dieses wertvolle Nachschlagewerk.

Mit der deutschen Sprache beschäftigt sich auch eine andere Neuerscheinung, allerdings auf eine ganz andere Art. Walter Krämer, Professor für Wirtschafts- und Sozialstatistik an der Universität Dortmund, und Wolfgang Sauer, Professor für Sprachwissenschaft an der Universität Hannover, haben sich Gedanken gemacht über Mißverständnisse, Vorurteile und Denkfehler. Entstanden ist ein **Lexikon der populären Sprachirrtümer** (Eichborn Verlag, Frankfurt/Main, 240 Seiten, 39,80 DM).

In sechs thematisch gegliederten Kapiteln (Essen und Trinken, Menschen und Gefühle, Fauna und Flora, Geld und Gut, Raum und Zeit, Wirtschaft und Gesellschaft) führen die Autoren ihre Leser über das glatte Parkett der deutschen Sprache, leiten sie sicher zurück zu ihren Ursprüngen und öffnen die Augen für gar Erstaunliches. Wenn auch für viele Kenner so manche Sprach-irrtümer „olle Kamellen“ (keinesfalls nach alten Bonbons benannt, sondern nach alten „Kamillen“, die durch lange Lagerung ihre Wirkung verlieren) sind, so findet sich auch für diese sicher noch so manche Erleuchtung. Gerade in einer Zeit, da die englische Sprache in immer mehr Lebensgebiete Einzug hält, sind Erläuterungen über „standing ovations“ (die keineswegs im Stehen abgehalten werden, sondern für „anhaltend, andauernd“ stehen) oder „Handys“ (die es nur im deutschen Sprachgebrauch gibt, im englischen heißen sie „mobile“) und Smoking (der in England „dinner jakett“ heißt) besonders entlarvend. Viele Wörter und Begriffe sind im Laufe der Jahrhunderte verballhornt worden, um so notwendiger scheint ein solches Lexikon, das darüber hinaus auf humorvolle Art auf Irrtümer aufmerksam macht. – Johann Ballhorn war übrigens ein Lübecker Buchdrucker, der 1856 einen Text ohne Korrekturen in den Satz gab und somit für große Aufregung sorgte, handelte es sich doch um eine Ausgabe des Lübecker Rechts ...

Silke Osman



Ursula Enseleit: Doppelselbstbildnis – „Immer begleitet mich das Kind, das ich einmal war“ (Bronze, 1979)

Sehnsucht ohne Klagen

Vor 90 Jahren wurde Ursula Enseleit geboren

Bis ins hohe Alter hat sie sich ihren mädchenhaften Charme bewahren können. Und ihre Begeisterung, wenn sie von neuen Projekten sprach. Sie „verpfändet jedesmal ihr Leben. Ihr Verhältnis zur Kunst ist ihre ganze Existenz. Man darf sie als begnadet bezeichnen, ohne damit antiquiert zu wirken; man darf von Verinnerlichung reden und nicht das Sentimentale meinen“, hat Franz Heinz einmal über Ursula Enseleit und ihre Kunst gesagt. Eine Kunst, die aus der Sehnsucht heraus entstanden ist, von der Ursula Enseleit selbst einmal sprach: „Und ich bitte meine Sehnsucht, daß sie ohne Klagen sei.“ Gemeint ist die Sehnsucht nach der Heimat Ostpreußen, nach dem unvergessenen Land zwischen Haff und Hoido. So attestierte Dr. Ernst Schremmer der Künstlerin denn auch, daß ihre Werke „mythische Heimatbekenntnisse“ seien. Die Ostpreußin selbst sah ihre Kunst als ein „Wagnis auf Gott hin. Gott selbst zeugt und bezeugt durch sie.“ Und sie fragte: „Will ich die Welt verändern? Darüber hatte ich bisher noch nicht nachgedacht. Ich denke, die Kunst hat etwas mit mir vor. Sie will mich auf ihre unersättliche Art am Leben erhalten, obwohl sie von mir nimmt. Ich habe den Eindruck, sie liebt mich, so wie ich sie liebe. Sie läßt mich mich bewältigen.“

Nachdenkliche Worte einer Frau, die den Dingen auf den Grund gehen will – im Leben wie in ihrer Kunst. Liegt es vielleicht daran, daß sie sich nicht mit einem Wirkungskreis zufrieden gegeben hat? – Ursula Enseleit war eine der wenigen Künstlerinnen, die sowohl als Bildhauerin und Zeichnerin als auch als Lyrikerin Erfolge feierte.

Das Licht der Welt erblickte sie in Wenzken, Kreis Angerburg, am 25. Juli vor 90 Jahren. Ihr Vatersname Riel läßt auf hugenottische Abstammung schließen, Vorfahren kamen aus Norddeutschland, aus dem Salzburgerischen, aus Litauen und aus Bosnien. Ihr Mann, wie ihr Vater Lehrer, fiel im Zweiten Weltkrieg. Ursula unterrichtete an seiner Schule weiter und besuchte nach der Vertreibung das Pädagogische Institut in Magdeburg.

1950 gelangte sie nach Westdeutschland, wo sie sich einen langgehegten Wunsch erfüllen konnte. Sie studierte an der Landeskunstschule Mainz und fand in ihrer Lehrerin Emy Roeder eine gleichgesinnte Seele. Erste Zeichnungen und Gedichte entstanden, Studienreisen führten sie durch Deutschland und ins Ausland, erweiterten ihren Gesichtskreis. Bald wurde ihr vielseitiges Schaffen auch mit Preisen gewürdigt – sie erhielt den Förderpreis für Plastik des Landes Rheinland-Pfalz, zweimal den Angerburger Literaturpreis (1967 für den Gedichtband „Ungerupft“, 1979 für die Gedichtsammlung „Das flammende Herz“) und den Ostpreußischen Kulturpreis für Bildende Kunst.

Die „Dichterin in Wort und Bild“, wie Ursula Enseleit einmal von einem Kritiker treffend genannt wurde, ist stets sparsam, ja zurückhaltend mit ihren Ausdrucksmitteln umgegangen – sei es das Wort, sei es die Form. Mit nur wenigen Strichen gelang es ihr, das Wesentliche zu umreißen; sie lauschte in die Stille, drang in die Tiefe vor, sah Sonderbares, wo andere nur Banales vermuten – eine Orangenschale etwa, die im Spiel des Lichtes zu wundersamen Gebilden sich formt.

Auch in ihren Porträts arbeitete sie mit sparsamen Mitteln: „Sie porträtiert mehr als nur Gesichter, sie porträtiert die Seelen. Eindrucksvoll zum Beispiel die Büste des inzwischen verstorbenen pommerischen Schauspielers Klaus Granzow oder das „Quattuorvirat“ im Rathaus von Bad Mergentheim mit den Büsten der großen Ostdeutschen Arthur Schopenhauer, Bogumil Goltz, Andreas Schlüter und Georg Forster.

Die Ostpreußin, die einmal von sich gesagt hat, sie sei keine Künstlerin sondern ein Mensch, war immer auf der Suche nach dem Menschen gewesen, nach dem Gegenüber, das mitleidet und mitfühlt. Dem Leid, aber auch der Freude wollte sie mit ihrem Werk stets eine Form geben, erinnern an Vergessenes, Verdrängtes, ohne Anklage oder Vorwürfe: „Arbeitend lernte ich. Lernte weinend zu lächeln.“ Ursula Enseleit starb am 8. August 1997 in Mainz. SiS



Unvergessen: Ursula Enseleit, Bildhauerin, Graphikerin und Lyrikerin
Fotos (2): Archiv

Preußen an der Schwelle der Krönung

Umfangreiche Dokumentation mit beachtlichen Ergebnissen erschienen

Deutschland feiert 300 Jahre Preußen – oder besser: vielerorten gedenkt man der Krönung in Preußen vor 300 Jahren. Berlin und Brandenburg stehen im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses; dort finden auch die meisten der Ausstellungen und Veranstaltungen statt. Königsberg aber, die Stadt, in der am 18. Januar 1701 die Krönung Friedrichs I. als König in Preußen feierlich begangen wurde, findet nur am Rande Beachtung. Auch von Ostpreußen, dem Land, das Preußen den Namen gab, wie einmal der Titel einer sehenswer-

ten Ausstellung der Landsmannschaft Ostpreußen lautete, ist kaum die Rede. Ähnlich mag die Situation im 16. und 17. Jahrhundert gewesen sein. Die geographische Lage brachte es mit sich, daß Reisende nur selten ins ferne Königsberg aufbrachen. Man fuhr damals in die Niederlande, nach Frankreich oder Italien. Das änderte sich erst nach der Krönung. Plötzlich waren Informationen über das ferne Ostpreußen gefragt. Nachzulesen in einem überaus interessanten Beitrag von Bernhard Jahn unter dem Titel „Von der civitas incognita zur Krönungsstadt der preußischen Könige“ in dem gewichtigen Band **Kulturgeschichte Ostpreußens in der Frühen Neuzeit** (Hrsg. Klaus Garber, Manfred Komorowski, Axel F. Walter, Max Niemeyer Verlag, Tübingen, 1025 Seiten, Leinen mit farbigem Schutzumschlag, 356 DM). Die als Band 56 in der Reihe Studien und Dokumente zur deutschen Literatur und Kultur im europäischen Kontext erschienene Dokumentation basiert auf Beiträgen zu einem internationalen Symposium zur Kulturgeschichte Ost-

preußens in der Frühen Neuzeit, das unter der Leitung deutscher Wissenschaftler im Zusammenwirken mit russischen Kollegen und Freunden aus Anlaß des 450. Geburtstages der Königsberger Albertina in Rauschen durchgeführt wurde. Behandelt wurde ausschließlich das Herzogtum Preußen, indem man das reformatorische und nachreformatorische Preußen bis an die Schwelle der Krönungskronung betrachtete. Ein Ergebnis dieser internationalen Begegnung ist nun diese wertvolle, wenn auch kostspielige Publikation. Vertreter verschiedener Fachgebiete aus Deutschland, Polen, Rußland und Estland veröffentlichten hier ihre jüngsten Forschungsergebnisse über Religion, Universitätsleben, Kunst, Architektur, Musik und Literatur – in auch dem Laien verständlicher Sprache. Besonders unter dem Blickwinkel, daß Archive jenseits des Eisernen Vorhangs erst seit kurzem auch westlichen Forschern offenstehen, darüber hinaus vieles unwiderbringlich vernichtet wurde, sind die vorliegenden Ergebnisse beachtlich. os

Kulturnotizen

Ernst Wiechert Freundeskreis Braunschweig – Elisabeth Ebeling las und interpretierte im Juni sehr eindrucksvoll Wiecherts „Die Jeronim-Kinder“. – Hans Martin Pleßke von der Internationalen Ernst Wiechert Gesellschaft (IEWG) hält einen Vortrag über die Erstlingswerke des Dichters. Stadtparkrestaurant, Jaspallée 42, Mittwoch, 1. August, 16 Uhr.

Sigi Helgard Pingel, Malerin aus Allenstein, zeigt einen Querschnitt durch ihr Schaffen unter dem Titel „Gesichter der Welt“, darunter fünf Motive aus Königsberg. Kreiskasse Norderstädt, Ulzburger Straße 363. Vernissage, 8. August, 15 Uhr; bis 5. September.

Werke von Max Pechstein zeigt das Schleswig-Holsteinische Landesmuseum Schloß Gottorf, Kreuzstall, noch bis zum 9. September, täglich 9 bis 17 Uhr.

Auf dem Schiff der Jahre

Von URSULA ENSELEIT

Meine Augen sind voll Straßen,
Straßen, die den Frühling kennen,
Straßen, die im Frost verbrennen.
Zwischen ihnen Sommer, Herbst.
Meine Augen ruhen wenig;
Denn zur Nacht in ihren Träumen

Sehen sie, was wirkt in Bäumen.
Suchen, sehen, sehen, suchen.
Meine Augen, auf dem Schiffe
Ihrer Jahre, graue Haare,
Meine Augen, weit im Blick,
Nehmen auf sich, was noch kommt.

Die preußischen Agrarreformen

Eine Betrachtung ihrer Vor- und Wirkungsgeschichte von Dietmar STUTZER

Viele tausend Thaler sind verprozeßt, Flüche wider Gott und die Obrigkeit sind ausgestoßen, die Erwerbsfleißigkeit ist vermindert und die Moralität ist hinabgewürdigt worden. Fragt man sich woher dies alles? Von ungemessenen Diensten! So lautete ein anonymes Flugblatt, das im Schlesien der späten 70er Jahre des 18. Jahrhunderts kursierte, sehr zum Verdruss der preußischen Landräte. Angesprochen wurde das Scheitern des Urbarienwerkes von Friedrich dem Großen, der immer wieder versucht hatte, durch Rechteverzeichnisse („Urbarien“) ein für allemal festschreiben zu lassen, wie viel Hand- und Spanndienste die Gutsherrschaften vor allem in Oberschlesien zu fordern und wieviel die schollenpflichtige Landbevölkerung zu leisten hatte. Üblich waren die ungemessenen Dienste, bei denen der Gutsherr fordern konnte, soviel ihm beliebte – und meistens beliebte ihm ziemlich viel, vor allem als die Intensivierung der Landwirtschaft in Gang kam.

Die preußischen Agrarreformen, die in den berühmten Edikten vom 9. Oktober 1807 ihren Höhepunkt erreichten und nach denen der König nur noch freie Leute in seinen Ländern zu sehen hoffte, haben eine lange Vorgeschichte. Begonnen hat alles in Schlesien. Der erste „Schlesische Provinzialminister“, Graf Schlabrendorff, galt als der kompromissloseste Bauernprotektor im preußischen Beamtenapparat schlechthin. Seine Befehle zugunsten der Bauern an die adeligen Landräte waren an Schroffheit kaum noch steigerungsfähig. Auf ihn geht die erste große und schließlich gescheiterte agrarpolitische Reformmaßnahme Preußens, das Urbarienwerk für ganz Schlesien zurück.

Doch ein epochemachender agrarpolitischer Erfolg kam aus Schlesien selbst, durch die Gründung der Schlesischen Landschaft von 1770, die Antwort auf den weitreichenden Zusammenbruch der meisten der 3200 schlesischen Rittergüter, der nach dem Frieden von Hubertusburg 1763 wie eine Woge über beide Provinzen ging. Die „Schlesische Landschaft“ wurde als Zwangskreditgarantiegemeinschaft am 15. Juli 1770 gegründet. Ihr Zweck war es, den fast völlig zusammengebrochenen Kredit für die landwirtschaftlichen Großbetriebe in Schlesien wieder funktionsfähig zu machen.

Die Schlesische Landschaft, der ab 1777 in den übrigen preußischen Verwaltungsgebieten ähnliche Gründungen folgten, geht auf österreichische Vorbilder in den Fürstentümern Schweidnitz und Jauer aus dem 17. Jahrhundert zurück. Die beiden geistigen Urheber dieser Einrichtung sind der schlesische Justizminister von Carmer und sein nächster Mitarbeiter, der Schweidnitzer und Jurist Carl Gottlieb Svarez. Sie befürworteten beide gegenüber Friedrich II. eine Ausdehnung dieses Institutes auf die gesamte preußische Wirtschaft, konnten sich aber mit diesem Vorschlag nicht durchsetzen – eine der großen politischen Tragödien des „Vernunftstaates Preußen“, denn schon in diesem Vorschlag wird die „Vision von 1795“ sichtbar.

Im Lebenswerk von Svarez verdichtet sich die preußische Agrarreformpolitik zu einem gesamtgesellschaftlichen Entwurf von europäischer Dimension. Svarez ist auch der Autor des „Allgemeinen preußischen Landrechtes“ (ALR) von 1795, das vor gerade 100 Jahren durch das Bürgerliche Gesetzbuch abgelöst wurde. Er wollte mit diesem Werk eine „bürgerliche Gesellschaft“ schaffen. Niemand Geringerer als der französische Revolutionstribun Mirabeau hat ihm in seiner Fragment gebliebenen Kritik des ALR bescheinigt, ein Zukunftsvorbild für Europa geschaffen zu haben. Hardenberg und mehr noch Stein sind von ihm ausgegangen, letztlich sind ihre Agrarreformen der agrarrechtliche Teil des Svarez-Entwurfes von einer bürgerlichen Gesellschaft.

Daß diese Version von Friedrich Wilhelm III. geteilt wurde, zeigt seine Hoffnung, es werde ab 1810 „nur noch freie Leute in Preußen geben“. Johann Gottlob Fichte hat das gleiche gemeint, wenn er dem König zugerufen hat, „... daß seine Macht nicht aus den Gewehrläufen komme, sondern auf der Poesie beruhe“, womit er freie Kommunikation freier Leute gemeint haben dürfte.

Nimmt man die „Schlesischen Bauernpatente“ des Grafen Schla-

brendorff von 1755 als Anfang, dann haben etwa 100 Jahre lang alle deutschsprachigen Staaten Agrarreformen durchgeführt. Doch bei näherem Zusehen zeigt sich, daß ein reformerisches Gesamtkonzept nur Preußen hatte,

breit der Landwirtschaft verfolgte.

Ausdruck dafür sind schon die umfangreichen Meliorationsprojekte Friedrichs II. – die gelungenen und die anderen –, die oft bi-

zusprachen – eine der wirksamsten Maßnahmen zur Förderung des bäuerlichen bis kleinbäuerlichen Betriebes in der europäischen Agrargeschichte. Auch die vom Staat lebhaft geförderte Einrichtung der ersten „Holländereien“, also von Molkereien im westpreußischen Delta von Weichsel und Nogat und den was-serreichen Landschaften von Masuren gehört zu diesen Anfängen.

Der technologische Teil der preußischen Agrarreform fand seinen Höhepunkt in der Gewinnung von Albrecht Thaer für Preußen – eine Leistung von Hardenberg und Wilhelm von Humboldt, der Einrichtung des ersten Universitätsordinariates für Landbau für Albrecht Thaer in Berlin und – viel zu selten bewertet – in der Schaffung einer wissenschaftlichen Tierheilkunde mit einer entsprechenden Ausbildung, den Hufbeschlag eingeschlossen.

Damit wurden inmitten eines kaum noch denkbar erscheinenden Wiederaufbaues des zusammengebrochenen altpreußischen Staates die Voraussetzungen für die Ablösung eines 1200jährigen Agrarsystems des Flurzwanges, der Allmendennutzung, der Erbuntertänigkeit mit Arbeitszwang der Landbevölkerung für die Gutsherrschaften und vor allem des – freilich ökologisch konstruktiven – Systems der Dreifelderwirtschaft durch die Einführung des Hackfrucht- und des Blattfruchtanbaus geschaffen. Zum Ausdruck kam der Umbruch im Anbau von luftstickstoffsam-melnden Klee- und Luzernepflanzen, im Feldgrasanbau und in der Ausbreitung von Industriepflanzen wie Ölraps und Faserpflanzen. Bis zum Jahre 1846 hat diese Mobilisierung ernährungswirtschaftlich ausgereicht, um das rasende Bevölkerungswachstum aufzufangen, dann kamen nacheinander zwei Mißernten und eine preußenweite Explosion von Pflanzenkrankheiten, die der Intensivanbau und die Ausbreitung von Monokulturen sehr begünstigt haben. Am Ende stand das Jahr 1848 – die Erfolge der Agrarreformen hatten ihren ökologischen Preis gefordert.



König Friedrich Wilhelm III.: Das während seiner Regentschaft durchgeführte Reformwerk hat in der Zeit seiner Vorgänger seine Wurzeln.

während die übrigen, vor allem die west- und süddeutschen Mittelstaaten, merkantilistisch-fiskalischen Vorstellungen gefolgt sind. Preußen hatte mit seinen Agrarreformen sowohl ein gesellschaftspolitisches wie ein agrartechnologisches Konzept verfolgt, das nicht nur eine Neuordnung des Boden-, des Bodennutzungs- und des Personenrechtes, sondern synchron dazu auch eine biologische und technische Mobilisie-

zarren Bemühungen des Königs, den Kartoffelanbau durchzusetzen, die Befehle an die Geistlichkeit, sich auf den Kanzeln für eine agrartechnische Modernisierung einzusetzen oder eben diese Kanzeln zu verlassen und die markant bauernfreundlichen Reglements für die Trakehner Pferdezucht, die den Bauern das Recht der Teilhabe am züchterischen Hochstand von Trakehnen gegen die Pflicht zur Remontenaufzucht für die Armee

Das historische Kalenderblatt: 15. Juli 1795

Die Marseillaise wird Nationalhymne

Grundlage ist ein am Vortag vom Nationalkonvent beschlossenes Gesetz / Von Manuel RUOFF

Was! Ausländisches Gesindel würde über unsere Heime gebieten! Was! Diese Söldnerscharen würden unsere stolzen Krieger niedermachen! Großer Gott! Mit Ketten an den Händen würden sich unsere Häupter dem Joch beugen. Niederträchtige Despoten würden über unser Schicksal bestimmen! Zu den Waffen, Bürger! Schließt die Reihen, vorwärts, marschieren wir! Das unreine Blut tränke unserer Äcker Furchen!

Man stelle sich vor, im Lied der Deutschen wäre von „ausländischem Gesindel“ und „unreinem Blute“, das fließen soll, die Rede! Die ausländerfeindlichen und blutrünstigen Zeilen finden sich jedoch nicht in der deutschen, sondern in der französischen Nationalhymne, die wie die Melodie des Deutschlandliedes ein Kind der Koalitionskriege ist.

Am 24. April 1792 erreichte Straßburg die Nachricht, daß vier Tage zuvor Frankreich Österreich

den Krieg erklärt hatte. Der Bürgermeister der seinerzeit französischen Stadt mit dem schönen französisch-deutschen Namen Frédéric de Dietrich nahm das zum Anlaß, noch am selben Tage ein Bankett zu geben, in dessen Verlauf das Fehlen einer Nationalhymne von Zivilisten wie Militärs beklagt wurde. Dem Pionierhauptmann Claude-Joseph de Lisle, dessen Musikalität sich bereits in seiner Kindheit herausgestellt hatte, wurde daraufhin das Versprechen abgenommen, hier Abhilfe zu schaffen.

In der darauffolgenden Nacht schaffte der junge Offizier in seinem an der Rue de la Mésange gelegenen Zimmer ein Kampflied, das er am nächsten Morgen sei-

nem Freund und Kameraden Leutnant Masclat vorstellte. Bürgermeister Dietrich hörte als nächster das „Kriegslied der Rheinarmee“ und war so begeistert, daß er seine Gäste des Vorabends erneut zu sich lud, um es ihnen, begleitet von seiner Nichte am Klavizimbel, mit eigener Stimme vorzutragen. Vier Tage später, am 29. April erklang das Lied erstmals in der Öffentlichkeit. Die Nationalgarde brachte es auf dem Straßburger Paradeplatz zu Gehör anlässlich des Vorbeizugs eines Freiwilligenbataillons.

Innerhalb von Tagen verbreitete sich das Revolutionslied das Rhônetal hinunter bis nach Montpellier. Abgesandte dieser Universitätsstadt hielten sich wenige

Wochen später in Marseille auf, um einen Marsch von Truppen beider Städte nach Paris zu besprechen. Bei einem Bankett, das die Marseiller aus diesem Anlaß am 22. Juni gaben, stimmte einer der Gäste aus Montpellier namens Mireur „Allons, enfants de la patrie!“ an. Das Echo war enorm. Bereits am darauffolgenden Tag erschien der „Kriegsgesang der Grenzarmeen“ in gedruckter Form in der Hafenstadt.

Unter diesen Klängen verließ am 2. Juli das etwa 500köpfige Marseiller Freiwilligenbataillon die Heimatstadt, um am 30. des Monats unter denselben Klängen in die französische Hauptstadt einzuziehen. Hier setzte sich der Siegeszug der Weise unter dem Ti-

tel „Gesang der Marseiller“ fort. Später sprach man nur noch von der „Marseillaise“.

Als sich der Sturm auf die Bastille, den die Franzosen noch heute feiern, zum sechsten Mal jährte, am 14. Juli 1795, beschloß der Nationalkonvent auf Antrag des Abgeordneten Jean Debry, daß vom folgenden Tag an die Marseillaise offizielle Hymne der Französischen Republik sei, was sie auch noch heute ist.

P.S.: Als bei der Eröffnung der letzten Fußballweltmeisterschaft eine kleine Französin die Marseillaise vortrug, kam im Gastgeberland eine Diskussion über deren martialischen Inhalt auf. Aber dabei blieb es bis jetzt denn auch. ■

Entschädigung:

Zwei große Schritte nach vorn

Zweites Koordinierungsgespräch des »Aktionskreises Eigentum Vertriebener« (AEV)

Am 7. Juli 2001 traf sich in Arnstadt/Thüringen der »Aktionskreis Eigentum Vertriebener« (AEV) zu einer erneuten Beratung über das gemeinsame Vorgehen gegen die fortwährende Konfiskation des Eigentums der Vertriebenen in der Heimat. Die involvierten großen Landsmannschaften und Verbände waren überwiegend prominent vertreten. Und als hochwillkommener Gast brachte Dr. du Buy (Niederlande) seine völkerrechtliche Kompetenz mit ein. Der BdV-Landesvorsitzende Thüringens und Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Paul Latussek, hatte die Gesprächsleitung.

Viel Aufmerksamkeit galt den Ausführungen des Vorsitzenden der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen der Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Dr. Mathiak, sowie des Rechtsanwaltes und Wirtschaftsprüfers Dr. Schleifenbaum zum Entwicklungsstand der »Preußische Treuhand GmbH & KG auf Aktien«. Da die Bundesregierung nicht bereit ist, sich für die berechtigten Rückgabeanprüche der deutschen Heimatvertriebenen und deren Nachkommen einzusetzen, bietet die »Treuhand« den Weg privater Selbsthilfe an.

Indem vertriebene Eigentümer – aber auch andere – nun mit ihrer Einlage die »Treuhand« arbeitsfähig machen, können deren Juristen Eigentumsansprüche verfolgen und daraus abgeleitete Prozesse führen. Noch im August dieses Jahres soll der »Aktienprospekt« herauskommen, auf dessen Basis sich jeder konkret entscheiden kann, wieviel er für den Erfolg des Unternehmens »Rückgabe des Eigentums« anlegen möchte.

Eine kapitalkräftige »Treuhand« als Rechtsinstrument der vertriebenen Eigentümer ist ein großer

Schritt nach vorn! – Dieses Instrument können insbesondere alle diejenigen in den neuen Bundesländern nutzen, die ihre Verluste in einem Erfassungsbogen dokumentiert haben. Zu bedenkende Rückforderungen nach dem Lastenausgleichsgesetz (LAG) gibt es hier nicht. In Thüringen ist die

Dörfer – wurden kurz angesprochen, aber (auch zeitbedingt) noch nicht ausführlich diskutiert.

Unabhängig von der oben genannten Erfassung liegt eine Initiative des BdV-Bezirksvorsitzenden Unterfranken-Würzburg, Edmund Liepold, auf dem Tisch, im Rahmen der Heimatortsgrup-

pen Gremien auf Dauer unmöglich sein, das großartige europäische Vertragswerk für die Menschenrechte eigens für eine diskriminierende Ausblendung der deutschen Heimatvertriebenen zu beugen.

Genau auf dieses Vertragswerk gründet die Wolfsburger Gruppe um Siegfried Lachmann dessen aktuelle Petition an das Europäische Parlament zur Rückgabe seines niederschlesischen Eigentums. Dies war von ihm am Rande des Koordinierungsgesprächs zu erfahren.

Direktor a. D. Herbert Schmidl informierte über sein Schreiben an die deutschsprachigen Abgeordneten des EU-Parlaments, in dem er Kritik übt an der europäischen Rechtsprechung und um Unterstützung bittet bei der Suche nach Recht und Gerechtigkeit.

Es mehren sich die Beweise, daß die (jeweilige) deutsche Bundesregierung widerrechtlich das Privateigentum der deutschen Heimatvertriebenen faktisch als Reparationen in Zahlung gegeben hat und daher für deren berechnete Eigentumsansprüche einstehen mußte. Deren bekanntes »Offenhalten« der Eigentumsfrage ist in Wahrheit nur Gehorsam bezüglich des gern verschwiegenen Überleitungsvertrages.

Deshalb ist nach den Erfahrungen des Stellvertretenden Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Peter Großpietsch, der nationale Rechtsweg »ausgereizt«. Notwendig seien jetzt politische Aktivitäten und Öffentlichkeitsarbeit auf europäischer Ebene, um eine gerechte Rechtsprechung politisch durchzusetzen.

Insgesamt hat dieses zweite Koordinierungsgespräch alle Beteiligten in ihrem weiteren Kampf um Recht und Eigentum bestärkt.



Präsidium: Dr. Dr. Mathiak, Manfred Graf v. Schwerin, Vorsitzender »Aktionskreis Recht und Eigentum«, Dr. Latussek, Prof. Alexander v. Waldow, Vorsitzender der AGO, Dr. Wilfried Anders, Arbeitsgruppenleiter vertriebener Grundeigentümer Thüringen
Foto: BdV-Landesverband Thüringen

Erfassung abgeschlossen und kann logistisch eingesetzt werden.

In Sachsen/Westschlesien und in Brandenburg hat die laufende Erfassungsaktion zu einem Bewußtseinseinschub in der Eigentumsfrage geführt, worauf die von dort angereisten Teilnehmer hinweisen. Und gerade in diesen Oder-Neiße-nahen Bundesländern gibt es noch viele Vertriebene, die sich um eine Wiederbelebung ihres Eigentums in der Heimat Gedanken machen. Solche Heimattreue sollte man im Rahmen der Erfassung nicht aus den Augen verlieren. Fragen der Rückwanderung von Volksgruppen – speziell nach dem nördlichen Ostpreußen und in unbewohnte

pen schriftliche Erklärungen zum Eigentumsanspruch abzugeben. Naheliegenderweise denkt man hierbei auch an ein Engagement der »Kreis- und Städtetage« (KST) als Dachorganisation der Heimatortsgruppen. Die Gesprächsrunde folgte hierin einhellig der Auffassung von Dr. Latussek, daß die Kreis- und Städtetage eng mit den Landsmannschaften zusammenarbeiten sollten.

... und zu einem zweiten großen Schritt setzt die AEV jetzt an, nämlich als Institution bei den EU-Beitrittsverhandlungen gehört zu werden und Einfluß zu nehmen auf die Durchsetzung der Menschenrechte auch für Ostdeutsche. Es wird den europä-

Neuer Bodenkodex

Die Duma der Russischen Föderation hat nach einer zehnstündigen, äußerst heftig geführten Debatte mit 253 von insgesamt 411 Stimmen für einen neuen Bodenkodex gestimmt, der als zentrales Reformvorhaben Präsident Wladimir Putins gilt. Damit soll ein Passus in der russischen Verfassung von 1993 gesetzlich umgesetzt werden, der die Möglichkeit des Erwerbs von Grund und Boden in Rußland vorsieht. Aus Rücksicht auf die Gegner der Liberalisierung steckt der Gesetzestext jedoch voller Ausnahmebestimmungen, so daß im Ergebnis das Gesetz nur den Erwerb von rund zwei Prozent des Staatsterritoriums erlauben würde. Ackerland könnte überhaupt nicht erworben werden, und städtische Grundstücke dürften Ausländer nur mit Einschränkungen erwerben. Für die Ostpreußen von besonderer Bedeutung ist, daß grenznahe Regionen für ausländische Käufer auch zukünftig gänzlich tabu sein sollen und das gesamte Königsberger Gebiet dazu gezählt wird.

Interparlamentarisch

Die Parlamente von Königsberg und Litauen sind in einem Vertrag übereingekommen, ihre Zusammenarbeit zu intensivieren. Künftig sollen Delegationen der Königsberger Duma und des litauischen Seimas zweimal im Jahr in einem interparlamentarischen Forum tagen, um die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft und der Kultur sowie bei der EU-Integration zu verbessern.

Werftbau in Elbing

Die polnische Werft Stocznia Gdynia plant die Errichtung eines neuen Betriebes in Elbing, in dem ab September 500 Beschäftigte Sektionen und Schiffsrümpfe bauen sollen. Etliche Neuaufträge hatten in letzter Zeit zu Produktionsengpässen geführt.

Zusätzliches Modell

In Königsberg ist im Werk »Avto-tor« eine Produktionsstätte für KIA-Personenwagen des Typs »Magentis« eröffnet worden. In diesem Jahr sollen noch 400 Exemplare dieses koreanischen Fahrzeugtyps der neuesten Generation von den Bändern rollen.

Bindung Litas – Euro

Der Litas, Litauens Landeswährung, wird ab dem 2. Februar an den Euro gekoppelt sein. Am Vortage soll die Europäische Zentralbank (EZB) die offizielle Umtauschrate bekanntgeben. Das teilte die litauische Notenbank in der Landeshauptstadt Wilna bekannt. Seit 1994 ist der Litas im Verhältnis vier zu eins an den US-Dollar gebunden.

Elite-Studie

Wolf-Dieter Eberwein vom Wissenschaftszentrum Berlin und Janusz Reiter, Botschafter a. D., haben das Ergebnis der von ihnen geleiteten deutsch-polnischen Elite-Studie vorgelegt. Danach sind die deutsch-polnischen Beziehungen geprägt von einem hohen Maß politischer rationaler Übereinstimmungen bei gleichzeitigem Fortleben wechselseitiger Stereotypen Bilder.

Tragisches Ende am Lenin-Denkmal

Verzweifelter Russe setzt mit seinem Freitod in Tilsit ein Fanal / Von Hans DZIERAN

Von einem aufsehenerregenden Ereignis in Tilsit berichtet ein Gewährsmann, das leider in höchstem Maße symbolträchtig ist.

Sonntägliche Stille lag über der Stadt. Im frischen Maiengrün prangten die Bäume auf der Hohen Straße, der Uliza Popjedy. Die Menschen waren froh, daß der lange Winter vorbei war, und die Aussicht auf ein verlängertes Wochenende gehörte zu den kleinen Freuden ihres Daseins. Man rüstete nämlich zum 56. Jahrestag des Sieges.

Die Mittagsruhe an diesem 6. Mai wurde jählings unterbrochen. Ein dunkelgrauer Audi raste mit laut heulendem Motor aus Richtung Schenkendorfplatz kommend die Hohe Straße entlang. Fußgänger sprangen erschreckt zur Seite. Am Hohen Tor gab der Fahrer Vollgas und schoß wie eine Rakete auf das Lenin-Denkmal zu. Mit fürchterlichem Krachen prallte er gegen den Sockel. Der Crash

stauchte den Wagen zusammen und setzte ihn sofort in Brand. Zwei Busfahrer eilten herbei, versuchten den Brand zu löschen und den Fahrer zu bergen. Als die »Skoraja Pomošch«, die Dringliche Hilfe, eintraf, konnte der Notarzt nur noch den Tod feststellen.

Verstörte Schaulustige sammelten sich am Denkmal. Lenin blickte unerschüttert von seinem Postament. Er hatte dem Rammstoß widerstanden. Einige der Herumstehenden legten Frühjahrsblumen am Denkmal nieder. Sie galten – so konnte man hören – wohl weniger Lenins Rettung, als vielmehr dem Gedenken des Fahrers und seinem Fanal des Protestes. Viele kannten den Toten. Es war der 48jährige Bauingenieur Nikolai Konzewoi. Nach der Tschernobyl-Katastrophe kam er mit seiner Frau Tanja und den Söhnen Andrej und Dimitri aus dem Gomeler Gebiet nach Ostpreußen. Auf der Sowchose Krapischken wurde er als Bauleiter eingestellt. Nikolai gefiel es

hier. Er entdeckte die Schönheit der Regionen Inster und Memel. Ihr Verfall tat ihm weh. Als er in Raudonatschen den verwilderten Schloßpark mit uralten Baumriesen und seltenen Gehölzen sah, begann er mit einigen Helfern, Wildwuchs zu beseitigen, Wege freizulegen und den Park wieder nutzbar zu machen. Sein Treiben stieß auf Verständnislosigkeit. Als eines Tages die Unterstützung des Sowchodirektors ausblieb, holte sich die Natur den Schloßpark wieder. Nikolai wandte sich einem neuen Projekt zu. Weil das Baden in der Inster wegen der Abwasserverschmutzung nicht mehr möglich war, staute er mit einer Mauer das Flößchen Almonia an und schuf einen paradiesischen Badesee.

Als Anfang der neunziger Jahre die ersten Deutschen wieder in ihrem Heimatdorf auftauchten, empfing Nikolai sie mit offenen Armen und begleitete sie auf den Spuren ihrer Kindheit. Erschüttert von diesen Begegnungen schrieb

er an die Deutsche Welle in Köln: »Ich habe Tränen in den Augen der Menschen gesehen und ich konnte selbst weinen, wie sie zum ersten Mal sahen, was aus ihrer Heimat geworden ist. Doch sie weinten nicht um den Verlust ihres Eigentums, sie weinten um das schreckliche Wiedersehen mit ihrem alten Zuhause.«

Verwurzelt im christlichen Glauben träumte er von einer besseren Zukunft ohne Lenin. Der war für ihn der Antichrist. Als Nikolai nach Tilsit zog, ließ er nicht locker bis das weithin sichtbare Lenin-Bildnis auf dem Hochhaus am Fletcherplatz demontiert wurde. Nicht alle Pläne gingen auf. Zu oft lief er gegen Mauern. Enttäuschung und Verbitterung machten sich breit. War Lenin an allem schuld? Mit der Wut der Verzweiflung wollte er ihn an jenem 6. Mai 2001 vom Sockel stoßen. Was blieb, ist Trauer, Nachdenken und eine schockierende Begebenheit in den Annalen der Tilsiter Regionalgeschichte.

Lewe Landslied und Freunde unserer Ostpreußischen Familie,

daß unsere Ostpreußische Familie einmalig ist, wird uns in vielen Briefen bestätigt. Und daß dies nicht zu hoch gestapelt ist, beweist heute mal wieder unsere Extra-Familie. Das sind für mich immer die schönsten Stunden, wenn ich über die Erfolge berichten darf und feststellen kann, daß Mühe und Arbeit nicht umsonst waren. Im Gegenteil: Lest und staunt!

Man zweifelt oft, ob sich nach so vielen Jahrzehnten noch alte Freunde finden. Vor allem, wenn es sich um Frauen handelt, die durch Heirat ihren Namen geändert haben. Ich hatte da auch so meine Bedenken, als ich den Wunsch von Ursula Fricke, einer geborenen Niederschlesierin, veröffentlichte, die ihre Freundin Christa Tominski suchte, mit der sie zusammen die Zinzendorfsschule in Neusalz (Oder) besucht hatte. Der einzige Hinweis: Christa hatte nach Canapinnen, Kreis Gumbinnen, geheiratet. Jetzt kam kurz und knapp die Nachricht, daß sich die alten Freundinnen gefunden haben. Na, da freut man sich doch!

Erich Koschwall aus Krajutkehmen, Kreis Stallupönen (später Ebenrode), hatte nach Landsleuten aus seinem Heimatdorf gefragt, die seinen Onkel Eduard Koschwall gekannt haben, der später nach Pillupönen verzogen war. Er schreibt: „15 liebe Landsleute meldeten sich bei mir, allen meinen herzlichsten Dank!“ Leider hatte aber niemand den Brunnenbauer persönlich gekannt. Auch über die Kinder seines Onkels – eine Tochter hieß Minna – konnte er noch nichts erfahren. Und wer kannte Frau Goldenberg, geb. Koschwall? (Erich Koschwall, Fischerkoppel 7 in 24340 Eckernförde.)

Einen schönen Erfolg kann Bruno Tomkowitz melden. Sein Vater sollte von einem Bauernhof in Gütten am Mauersee stammen, aber er fiel bereits 1942, so daß dem Sohn die Wurzeln seiner väterlichen Familie weitgehend unbekannt sind. Nach denen suchte er über unsere Ostpreußische Familie. Es meldeten sich einige Landsleute, die

Geburtshaus und Stätten der Kindheit wiedergefunden

Herrn Tomkowitz gute Informationen vermittelten, sodaß er nun weiß, daß dieser Hof in Gütten R./Reitzenstein am See lag. Von einer Leserin erhielt er einen Lageplan von den einzelnen Höfen. Im Juni hat Bruno Tomkowitz dann eine Reise nach Masuren unternommen, war in Gütten, hat sein Eltern- und Geburtshaus in Kosuchen wiedergefunden und war auch an anderen Stätten seiner Kindheit. Herr Tomkowitz dankt unserer Familie für die Unterstützung und wünscht, daß sich noch viele Leser, auch aus den nachwachsenden Generationen, für dieses „traumhaft schöne Land“ interessieren.

Wie unsere Leserinnen und Leser interessiert sind, zeigt sich im Fall Manfred Scincek, dem Mann, der an der Richtigkeit seines Namens zweifelt. Frau E. Helga Azadeh hat da eine wahrhaft akribische Sucharbeit geleistet, die vielleicht weiterhelfen könnte. Manfred S. hat noch einige Erinnerungen an seine Königsberger Kindheit, die ich in unserer Extra-Familie veröffentlichte. Denen ist Frau Azadeh nachgegangen. Anhand eines Königsberger Stadtplanes von 1931 knöpfte sie sich im Einwohnerbuch die Aweider Allee vor. Einige übereinstimmende

Merkmale ermunterten sie, sämtliche Hausnummern zu durchsuchen. Sie fand bei den Nummern 33-37 die Angabe „Wohnbaracken“ (Die Manfred S. erwähnte), und suchte in den gegenüberliegenden Häusern weiter. In Nr. 58 stieß sie auf den Namen Ksienzyk, Witwe, Parterre, und in der zweiten Parterrewohnung auf den Namen Hoffmann (genau wie Manfred S. angegeben hatte). Alles stimmt mit seinen Erinnerungen überein: die nahe Lage zum Schlachthof, die Grünanlage mit Sportplatz und Schrebergärten, und auch ein Milchgeschäft – Bukowski – gibt es, allerdings im Hause 15c gegenüber. Alle diese Angaben sind so verblüffend, daß man schon glauben könnte, daß der richtige Nachname von Manfred Scincek „Ksienzyk“ lautet, er spricht sich ja auch fast so aus. Ob sich hieraus tatsächlich neue Ansätze für eine gezielte Suche ergeben, wird sich in der nächsten Zeit herausstellen. Zuerst einmal danke ich Frau Azadeh für diese großartige Suchhilfe. Das ist eben unsere einmalige Ostpreußische Familie

Ihr erinnert euch noch an das alte Gebetbuch, das endlich seinen angestammten Platz in Süddeutschland gefunden hat? Nun bekam ich aus Orlando einen Brief von Frieda Lukner, die es damals an uns sandte, als es auf einem Flohmarkt in Florida entdeckt worden war. Frau Lukner schreibt: „Es freute mich sehr, in der Ostpreußischen Familie zu lesen, daß das alte wertvolle Gebetbuch nun tatsächlich wiedergefunden hat in die richtige Familie. Dafür möchte ich Ihnen meinen herzlichsten Dank sagen. Obwohl meine Bitte keine ostpreußische Angelegenheit betraf, haben sie es ohne weiteres in die Hand genommen und zum Ziel gebracht. Das Buch war nach meinem Empfinden einfach zu kostbar, als daß ich es hier hätte liegen lassen können. Sie waren meine einzige Garantie für Erfolg!“ Liebe Frau Lukner, ich freue mich, daß unsere Ostpreußische Familie Sie nicht enttäuscht hat und sende Ihnen einen ganz herzlichen Gruß nach Florida und übermittele Ihnen ein Dankeschön der Empfänger.

Übrigens schlägt die Angelegenheit immer noch Wellen: Erst kürzlich meldete sich ein Herr aus Sigmaringen-Gutenstein, daß auch er zu den Nachfahren der früheren Besitzer gehört. Sein 94 Jahre alter Vater ist der Enkel von dem im Buch eingetragenen Stefan Stroppe, er kann sich noch gut an die Verwandten in Florida erinnern. Ich habe ihm die Verbindung zu den jetzigen Besitzern des Buches vermittelt. – Wie Herr Stroppe von unserer Suche erfuhr, ist auch des Erzählens wert. Eine Berliner, die

jetzt in seiner Nähe wohnt, bekommt in jedem Jahr von einer ostpreußischen Freundin ein Paket mit dem gesammelten Ostpreußenblatt-Jahrgang. Obgleich schon so viel Zeit verfloßen war, suchte sie nach den darin verzeichneten Familiennamen im Telefonbuch, fand auch eine Familie Stroppe, rief dort an und fuhr dann selber mit dem Zeitungsausschnitt zu dem alten Herrn. Ist das nicht toll?

Schneller spürte da schon Siegfried Teubler, als er in Folge 28 die Suche nach der Familie Sudau aus Lindenthal fand, weil eine Berlinerin noch aus ihrem dort verbrachten Pflichtjahr Fotos besitzt und

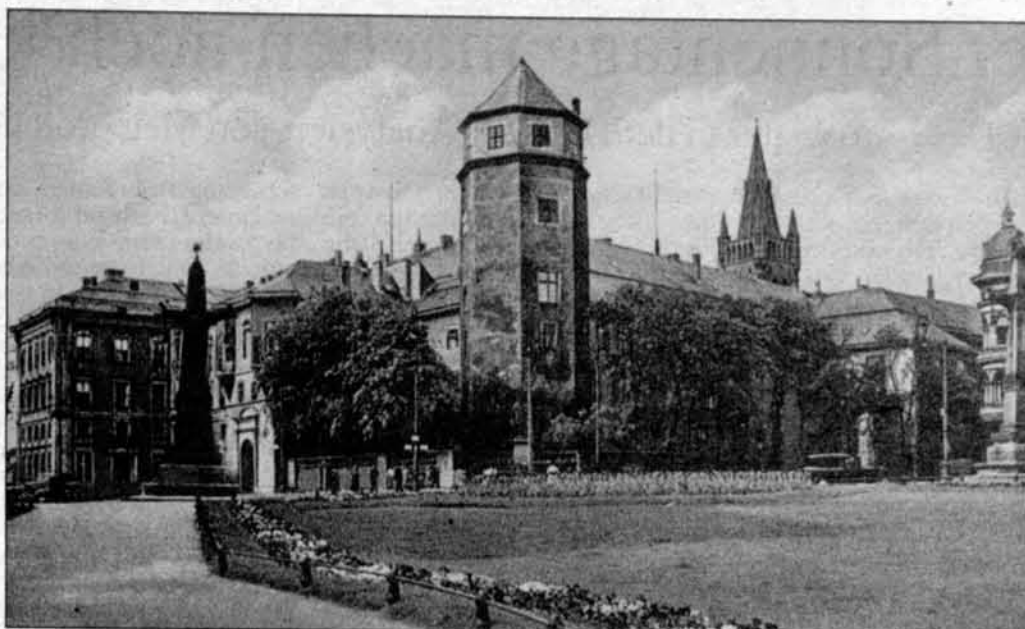
chung mindestens eine Zeitspanne von drei Wochen liegt!), aber trotzdem erhielt Frau Platzer soviel positive Zuschriften, daß sie ihre Mutter auf der Geburtstagsfeier damit überraschen konnte. Die Preußen schießen zwar nicht so schnell, aber sie schreiben!

In der Nr. 14 veröffentlichte ich auch den Wunsch von Harry Kleinknecht nach Informationen über das Bernsteinkabinett im Königsberger Schloß. Prompt bekam ich anrufe und Zuschriften, die bestätigten, daß es weder Wärter noch Absperungen gab. Karin Döpner schreibt: „Im Sommer 1943 machte ich, damals 18 Jahre alt, einen Tagesausflug nach Königsberg. Ich ging zum Schloß. An der Eingangspforte saß eine Aufsichtsperson, mir sind sonst keine Wärter und auch keine Absperungen aufgefallen. Der Respekt vor diesem „achten Weltwunder“ erlaubte kein Berühren. Ich stand staunend in dem

Raum und habe die großartige Arbeit der Bernsteinkünstler auf mich wirken lassen ... Ich bin glücklich darüber, das Bernsteinzimmer gesehen zu haben.“ – Auch Elsa Hardt bestätigt, daß sie am 7. August 1943 das Bernsteinzimmer besichtigte, und sie konnte diesen Termin mit der Eintragung ihres damaligen Taschenkalenders belegen. Das war wichtig, als sie kürzlich die Ausstellung „Mythos Bernsteinzimmer“ in Dortmund besuchte. Im Katalog war vermerkt, daß es im „Winter 1941/42“ im Königsberger Schloß besichtigt werden konnte. Das ist nur ein kleiner Irrtum gegenüber der Bemerkung des leitenden Historikers eines Ostpreußen-Seminars, das Frau Döpner besuchte, die so lautete: „Wer weiß, ob es das überhaupt gegeben hat, vielleicht war es nur ein großer Bernsteinschrank.“ Und das im Jahre 1999 an einer deutschen Universität!

Kommen wir zu Erfreulichem. Da hatte Manfred Hofer nach dem Rezept von der „Kartoffelwurst“ gefragt. Ei, da haben unsere Leserinnen aber gespürt! Nun weiß Herr Hofer – und ich, die ich immer danach gesucht habe –, wie das leckere Gericht zubereitet wird. Nämlich mit frischem Schweinebauch, Zwiebeln und Kartoffeln, gefüllt in Schweinedärme oder -magen und im Backofen gegart. Aber darüber schreibe ich gesondert.

Auch Irene Marchewa weiß nun genau, wie Aschenlauge hergestellt wird. Drei Zuschriften erhielt sie: Von der ostpreußischen Schriftstellerin Hannelore Patzelt-Hennig, die in ihren Lebenserinnerungen „... und immer wieder Grenzen“ über die damals so schwere Zeit geschrieben hat, als man die Wäsche mit der scharfen Lauge waschen mußte. Dann eine



Das Schloß zu Königsberg: Immer wieder im Mittelpunkt des Interesses

Foto: Archiv

von Frau Diez aus Suhl und die dritte – von Frau Lukner aus Orlando, die sich nun noch einmal in dieser Extra-Familie wiederfindet. Frau Marchewa möchte allen drei Damen auch auf diesem Wege herzlich danken.

Auch Karlheinz Kuhn kann sich freuen: Er erhielt die gesuchten Unterlagen über den „Heiligen Stein“ im Frischen Haff und dankt dafür besonders unserem Landsmann Bernhard Graw aus Osterby und dem Ortsvertreter von Alt Passarge, Horst Kinder. Da hat ein zweiter Anlauf doch endlich zum Erfolg geführt.

Es hat sich noch mehr getan: Ingrid Labuhn bekam das gewünschte Buch „Ostpreußisches Ahnenerbe“, Jürgen Schwanke das Vaterunser in masurischer Sprache, Lieselotte Grabowsky die Spielregeln für das Kartenspiel „Kalanische“. Auch das von Gottfried Conrad gesuchte Masurienlied „Sonnige Höhen, blinkende Seen“ hat sich eingefunden. Ilse Maier erhielt von Frau Torff ein Buch von Agnes Miegel und von Frau Konopka die gewünschte Ostpreußenkarte. Und so ganz nebenbei bekam sie Kontakt zu einer anderen Leserin, Frau Schumek, die jetzt in die Heimat fährt, und zwar in das Dorf im Kreis Schloßberg, in dem der Hof von Frau Meiers

Die schönsten Ferien auf einem Gut in Ostpreußen verbracht

Großeltern steht. Frau Schumek besitzt auch noch alte Fotos. – Dank sagen soll ich für Rainer Pietsch, der Material über Mühlen in Ostpreußen und Mittelschlesien benötigt und zahlreiche Zuschriften mit Hinweisen bekam, so daß er weiter forschen kann.

Das ist eben das Schönste an unserer Ostpreußischen Familie: Nicht nur, daß reale Wünsche erfüllt werden, sondern Verbindungen von Mensch zu Mensch entstehen und es dadurch manches Wiederfinden gibt. So erging es auch Gisela Berg, geb. Matuschewski, die auf dem Gut ihrer Verwandten, Podollen, die schönsten Ferien ihrer Kindheit verbrachte. Wer erinnert sich noch an die kleine Gisela aus Dortmund, fragten wir, und siehe da: Sie bekam viele Zuschriften und Bilder, und als „Krönung“ meldet sich der jüngste Vetter ihrer Mutter. Frau Berg war durch das Echo vollkommen aufgewühlt, sie hatte nie damit gerechnet!

Und auch mir erging es ähnlich: Auf die Frage von Erich Will nach dem Gedicht vom „Bienenwatter“ erwähnte er den Namen des Kantors, und es war – meine Kusine Gerda, von der ich seit gemeinsamen Kindertagen nichts mehr gehört hatte. Wir haben einen gemeinsamen Urgroßvater! Übrigens behauptet sie, Oskar Kerwin hätte nie Bienen gehabt. Aber ein Gedicht vom Bienenwatter hat er mit Sicherheit dem damals kleinen Erich Will beigebracht. Und das stammt – da habe ich nicht gespürt, aber meine Familie! – von meinem so geliebten Wilhelm Busch. Aus der Bildergeschichte „Schnurrdiburr oder die Bienen!“ Herr Will dankt allen Einsendern, besonders der 92-jährigen Ostpreußin, die ihm ein Bienenlied und zwei weitere Lieder, alle mit der Hand in deutscher Schrift geschrieben, zusandte.

Lewe Landslied, bleibt weiter so fleißig wie die Bienen!

Eure
Ruth Geede

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie extra

Nach kurzer Krankheit verstarb unsere Mutter

Liselotte Bach

geb. Heinrich

* in Rehden, Kr. Graudenz

im 95. Lebensjahr.

Es trauern
ihre 3 Kinder,
8 Enkel, 8 Urenkel

Traueranschrift:
Sigrid Röber, Kurt-Schumacher-Straße 100, 21629 Neu Wulmstorf
Die Beerdigung hat am 24. Juli 2001 in Barsinghausen stattgefunden.

Auf Wunsch vieler Freunde dieser Nachruf

Es ist bestimmt in Gottes Rat
daß man vom Liebesten, was man hat
muß scheiden

Horst Spogat

* 21. 9. 1923 † 17. 4. 2000

Neuwiese, Liebenfelde

Es trauert
Herta Walter, geb. Tamkus
Danielshöfen, Liebenfelde

Kaiserallee 9, 23570 Travemünde

Ein erfülltes Leben ist zu Ende gegangen.

Kurt Fritz Zywiets

6. 2. 1919
Kurkau-Soldau
Krs. Neidenburg

18. 6. 2001
Hannover

In stiller Trauer

Ella Zywiets, geb. Roschkowski
mit Armin, Dietmar, Volker und Ines

Zum Gedenken unserer Familie

Friedrich Wilhelm Zywiets

26. 3. 1883 vermißt Feb. 1945

Friedrich Wilhelm Zywiets

27. 1. 1914 vermißt Jan. 1945

Anna Zywiets, geb. Radek

4. 9. 1886
Schützendorf

3. 6. 1974
Laatzen

Charlotte Margarete Samulowitz, geb. Zywiets

24. 3. 1914
Kurkau

28. 4. 1997
Laatzen

Erna Christel Hübner, geb. Zywiets

28. 4. 1907
Kurkau

15. 1. 2000
Gudensberg

Ein Herz hat aufgehört zu schlagen.

Sanft entschlief am 30. Juni 2001 mein Ehemann, unser Vater und Großvater

Wilhelm Gerotzky

im 84. Lebensjahr.

Rosemarie Gerotzky, geb. Strehl
Neuendorf, Kreis Lyck

Heimstättenweg 3, 21220 Seevetal-Maschen, im Juli 2001

Wir gingen zusammen im Sonnenschein.
Wir gingen zusammen in Sturm und Regen.
Doch niemals ging einer von uns allein
auf unseren Lebenswegen.

Georg Peterson

Oberstleutnant a. D.

Träger des Ritterkreuzes des eisernen Kreuzes

* 9. 5. 1915
Gr. Bärwalde
Ostpr.

† 10. 7. 2001
Lage/Lippe

In tiefer Trauer

Friedel Peterson, geb. Szameitat
Uwe und Ursel Peterson
Manfred und
Dagmar Hinkel, geb. Peterson
Detlef und Dagmar Peterson
Volker und Ute Peterson
Enkel und Urenkel

Goetheweg 69, 32791 Lage

Auf Wunsch des Verstorbenen haben wir in aller Stille Abschied
genommen.

Unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante hat uns für immer
verlassen

Gerda Martin

geb. Schepput

* 1. 8. 1922 † 30. 6. 2001
Streulage Hamburg

In stiller Trauer
Irmgard Scheel, geb. Schepput
Gretel Willhöft, geb. Schepput
sowie alle Angehörigen

Die Trauerfeier fand am 10. Juli 2001 in Hamburg statt.

Statt jeder besonderen Anzeige



Erhard Robert Urban

Regierungsamtsrat a. D.

geboren am 30. Juni 1929 in Eichhöhe,
Kreis Sensburg/Ostpr.
verstorben am 14. Juli 2001

Im Bewußtsein erfüllter Pflicht gegenüber seiner Familie
und seinem Vaterland, wurde er zu seinen
Vätern in die Ewigkeit abgerufen.

Für die Familie
Volker Urban

Im Sinne des Verstorbenen findet die Trauerfeier im engsten
Familienkreis statt. Von Beileidsbekundungen bitten wir
abzusehen.

Wiesenweg 14, 53343 Wachtberg-Berkum

„Die aus der Hoffnung leben
sehen weiter,
die aus der Liebe leben
sehen tiefer,
die aus dem Glauben leben
sehen alles in einem anderen Licht.“

Erlöst!

Nach kurzer, schwerer Krankheit entschlief unsere allerliebste
Tochter, Ehefrau, Mutter und Oma

Erika Woesner

geb. Heisrath

* 5. 2. 1942 † 28. 6. 2001
Gumbinnen, Ostpr.

Wir denken an sie in großer Dankbarkeit und Liebe

Martha Heisrath

Bernd Woesner

Roland und Ulrike Woesner

Jörg und Maren Schlimmermann, geb. Woesner
mit Nina, Mette, Keno und Janis

Am Bähnken 18, 23701 Zarnekau
Manhagener Weg 4, 23738 Manhagen/Lehnsahn

Und die Meere rauschen
den Choral der Zeit
Elche steh'n und lauschen
in die Ewigkeit

Frieda Perplies

geb. Lunau

* 1. 11. 1909 † 12. 7. 2001
Mallenuppen Meine
Kr. Darkehmen Kr. Gifhorn

In Liebe und Dankbarkeit
Christel und Ernst Glindemann
und Kinder

Im Winkel 1, 38527 Meine



Der Herr hat's gegeben,
der Herr hat's genommen.
Der Name des Herrn sei gelobt!
Hiob 1,21

Nach einem erfüllten Leben ist mein lieber Mann, Vater und Groß-
vater in den Bereich der Entschlafenen gerufen worden.

Paul Achenbach

* 31. 12. 1922 † 6. 7. 2001
Fichtenhöhe/Ostpreußen Rüdeshim

In stiller Trauer
Edith Achenbach, geb. Schomäcker
Kinder und Enkelkinder

Im Grohenstück 11, 65396 Walluf
Die Trauerfeier hat am 12. Juli 2001 stattgefunden.



Nach einem Leben voller Pflichterfüllung für unsere ostpreußische
Heimat ist der Kreisälteste der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stal-
lupönen) wenige Wochen nach seinem 100. Geburtstag von uns ge-
gangen.

Franz Schnewitz

* 26. Mai 1901
in Preußenwall

† 17. Juli 2001
in Westerweyhe

Neben seinen schriftstellerischen Arbeiten in einer ganzen Reihe von Berei-
chen hatte der Verstorbene seine Aktivitäten in den Dienst der Hilfe an Vertrie-
bene, ehemalige Soldaten und Kriegsgefangene gestellt. Für sein beispielhaf-
tes Wirken wurde Franz Schnewitz 1987 das Verdienstkreuz am Bande des
Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Wir danken
Franz Schnewitz für sein Wirken in der Kreisgemeinschaft.

Paul Heinacher
Kreisvertreter

Günther Papke
1. Stellv. Kreisvertr.

Hildegard Linge
2. Stellv. Kreisvertr.

Tilsit – die Geburtsstadt prägte

Schauspieler Armin Müller-Stahl zu Gast bei der Stadtgemeinschaft Tilsit

Kiel – Kürzlich besuchte der weltweit bekannte Theater- und Filmschauspieler Armin Müller-Stahl die Stadtgemeinschaft Tilsit e. V. in Kiel. Die Anregung zu diesem Besuch gab es in der „Kieler Woche“ bei einem Gespräch von Oberbürgermeister Gansel mit dem TV-Regisseur Eberhard Görner. Vereinbart und vorbereitet wurde dieser Besuch mit dem Stadtvertreter Horst Mertineit-Tilsit. Der Autor und Regisseur Eberhard Görner arbeitet an einem „Film-Portrait“ des Schauspielers, Musiklehrers, Buchautors und (auch das ist er) des Malers Armin

Müller-Stahl in der Reihe „Menschen hautnah“ im Auftrage des WDR. Arbeitstitel: „Das Leben ist kein Film. Von Tilsit nach Hollywood.“ Es galt, Authentisches über Tilsit zu finden und einzubauen.

In der Geschäftsstelle und im Archiv gibt es reichlich Material in Wort, Bild und Modellen von der Stadt, in welcher der Schauspieler geboren wurde und in der er seine ersten Jugendjahre erlebte.

Als die Besucher den Raum betraten und auf das Großfoto der Luisenbrücke schauten, kam spontan der Kommentar von Müller-

Stahl: „Da bin ich als Zweijähriger meinen Eltern ausgebüxt, und auf dieser Brücke wurde ich von der Polizei eingefangen und meinen Eltern wieder ‚zugestellt‘!“ Er wollte schon immer in die weite Welt hinaus. Mit den vielen Bildern kamen immer wieder Erinnerungen an die doch relativ kurze Lebenszeit in Tilsit auf, die in den nächsten Stunden die Gespräche ausfüllten.

Der Kameramann Ludolph Weyer hatte reichlich zu tun. Da war das Bild seines Geburtshauses, da war die Lindenstraße und auch die Meerwischer Schule. Dazu sein Kommentar: „Am ersten Tag sah ich die Schule und es dachte in mir: Was soll ich da, was soll das eigentlich?“ Er ließ sich nie einfangen! Wenn auch nach langen Aufzeichnungen in der Praxis dann etwa ein bis zwei Minuten eingebaut werden, so hat die Geburtsstadt Tilsit doch ihren Teil in dem Lebensbild des Mannes, den man in der ganzen Welt kennt, die er wiederum kennt.

Ihn begleitete seine Gattin, die sehr interessiert an unserem heimatlichen Ostpreußen war. Möglicherweise werden sich daraus Fäden zur nächsten Kieler Woche spinnen. Nach einem längeren Aufenthalt als geplant verabschiedeten sich unsere Gäste und Armin Müller-Stahl mit den Worten: „Ich kam aus aller Welt und gehe als Tilsiter hier heraus.“ Es waren ein paar schöne, ausgefüllte Stunden mit einem großen Mann und einem ganz natürlichen Menschen.

homer



Bilder wecken Erinnerungen: Horst Mertineit, Vorstandsmitglied Hannelore Wafner, Armin Müller-Stahl, Eberhard Görner (v. l.) Foto: Hebekerl



Gesprächsrunde:

Hannelore Wafner, Armin Müller-Stahl, Eberhard Görner, Frau Müller-Stahl, Horst Mertineit (v. r.)

Foto: Hebekerl

Politisches Frauenseminar

Bad Pyrmont – Vom 22. bis 26. Oktober findet im Ostheim in Bad Pyrmont wieder das traditionelle Politische Seminar für Frauen statt. Das Thema der diesjährigen Veranstaltung, die von Uta Lüttich, Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise, geleitet wird, lautet: „Polen und das südliche Ostpreußen“.

Am Beginn des Seminars steht ein Blick in die Geschichte: Prof. Dr. Wolfgang Strižbny wird über Polens dorntenreichen Weg nach Europa berichten. Die polnische Nationalitätenpolitik 1918–1939, der Zweite Weltkrieg und die Vertreibung der Deutschen stehen im Mittelpunkt eines Vortrages von Hans-Joachim v. Leesen. Nach der politischen Wende in Osteuropa konnten sich zu Beginn der neunziger Jahre Deutsche Vereinigungen im südlichen Ostpreußen bilden. Renate Barczewski, stellvertretende Vorsitzende der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit, wird den Teilnehmerinnen die Arbeit ihres Vereins vorstellen.

Sibylle Dreher, die Präsidentin des Frauenverbandes im Bund der Vertriebenen, widmet ihren Seminarbeitrag den Frauen und Kindern, die Opfer des Krieges wurden. Der Marburger Völkerrechtler Prof. Gilbert Gornig untersucht die Entwicklung des südlichen Ostpreußens von 1945 bis heute. Ein weiterer Vortrag beschäftigt sich mit der humanitären Arbeit der Kreisgemeinschaften der Landsmannschaft Ostpreußen. Für einen aktuellen Bericht über die Sozialstationen der Johanniter-Unfallhilfe in Ostpreußen konnte Hans-Georg Tautorat gewonnen werden.

Die Teilnahme am Seminar kostet 200 DM pro Person. Die Unterbringung erfolgt in Doppelzimmern. Einzelzimmer sind auf Anfrage gegen Zuschlag erhältlich. Fahrtkosten werden nicht erstattet. Anmeldungen nimmt die Landsmannschaft Ostpreußen, Frau Petereit, Parkallee 86 in 20144 Hamburg, Telefon 040/41 40 08 26, Fax 040/41 40 08 48, entgegen.

Segensreiches Wirken für Ostpreußen

Die Kreisgruppe Bonn beging mit einer festlichen Veranstaltung ihr 50jähriges Bestehen

Die ostpreußischen Teilnehmer und die rheinländischen Gäste der Bonner Kreisgruppe erlebten die „Festliche Stunde“ aus Anlaß des 50jährigen Bestehens mit zwiespältigen Gefühlen: In die Freude und den Stolz darüber, daß sich am Rhein über fünf Jahrzehnte eine beispielhaft lebendige ostpreußische Gemeinschaft nicht nur behaupten, sondern auch ihren unverwechselbaren Beitrag zum kulturellen Leben dieser Stadt leisten konnte, mußten sich Bitterkeit und Trauer über den eigentlichen Grund für dieses Jubiläum mischen – die menschenverachtende Vertreibung aus der Heimat. Unter diesem Spannungsbogen stand diese Stunde, deren tragende Mitte die Ansprache des Sprechers der Landsmannschaft bildete. Wilhelm v. Gottberg würdigte Gesinnung und Charakter der Ostpreußen, appellierte an die politische Führung Deutschlands, sich ihrer Verantwortung für das ganze deutsche kulturelle Erbe bewußt zu sein und auch danach zu handeln, und forderte die politische Führung Polens auf, sich endlich gemäß dem freundschaftlichen Geist des Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrages zu verhalten. Seit zehn Jahren würden die Heimatvertriebenen auf eine großzügige Geste warten. Der Sprecher paarte seine harsche Kritik an der Unwilligkeit oder Unfähigkeit Warschaus, die im Vertrag vorgesehenen Minderheitenschutzverabredungen gesetzlich zu verankern, aber zugleich mit lobenden Hinweisen auf die seit Jahren zahlreichen Begegnungen von Ostpreußen mit polnischen Menschen im südlichen Ostpreußen. Dies seien ermutigende Brückenschläge in eine gemeinsame Zukunft. Die Vertriebenen, so v. Gottberg, fühlten sich ihrer Heimat nicht nur gedanklich verbunden, sondern ganz besonders auch durch die Tat. Dafür sei das vielfältige Engagement der Bonner

Kreisgruppe und ihrer Vorsitzenden – von Hermann Suckow über Alfred Mikoleit bis Manfred Ruhnau – in und für Ostpreußen ein beispielhaftes Zeugnis.

Aus dem noch immer weithin trostlosen nördlichen Teil Ostpreußens konnte v. Gottberg von segensreichen Wirkungen solchen Engagements berichten: Es grenze nahezu an ein Wunder, daß heute wieder flächendeckend Gottesdienste angeboten werden könnten. Dies sollte alle Ostpreußen mit großer Dankbarkeit erfüllen.

Einen besonderen Akzent setzte in der „Festlichen Stunde“ das „Wort der Jugend“. In ihm widerlegte Olaf Lück die in den Massenmedien immer wieder verbreitete Falschmeldung von rückwärtsgewandten Heimatvertriebenen als einer aussterbenden Spezies. Das 31jährige Vor-

standsmitglied der Kreisgruppe stellte als Ziel der politisch Aktiven seiner Generation heraus, „das familiäre und große kulturelle Erbe unserer Vorfahren zu begreifen, zu erhalten und unserer sowie der nachfolgenden Generationen zu vermitteln ... Wir werden nicht aufhören, unsere Geschichte aufzuarbeiten und ein gemeinsames Geschichtsbewußtsein für eine gemeinsame Zukunft in Frieden und Freiheit zusammen mit den heute in den deutschen Ostgebieten beheimateten Generationen zu schaffen.“

Ein Höhepunkt besonderer Art war gleich nach der Begrüßung der Ehrengäste durch Manfred Ruhnau das Grußwort des Bonner CDU-Bundestagsabgeordneten Norbert Hauser, der als Schirmherr aller Jubiläumsveranstaltungen der Gruppe in der Bundesstadt den Ostpreußen und ihren Vorsitzenden für die kul-

turelle Bereicherung Bonns dankte und auch dafür, daß sie gemeinsam mit den anderen Heimatvertriebenen bereits zu einer Zeit, da kaum jemand daran dachte, „Versöhnungsarbeit im Osten“ begonnen haben, „die man als Vorbild für den Aufbau eines gemeinsamen Europas ansehen kann“.

Die beispielgebende Arbeit der Kreisgruppe würdigten in Grußworten der BdV-Vizepräsident Hans-Günter Parplies, der LO-Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen, Ehrenfried Mathiak, sowie der Bezirksreferent der Ostpreußen im Bezirk Köln/Aachen, Joachim Pedina.

Unter den gut 150 Teilnehmern konnte Manfred Ruhnau Vertreter der anderen Landsmannschaften begrüßen, auch den Bonn-Beueler Bezirksvorsteher Georg Fenningen sowie von der Bezirksverwaltung Klaus-Werner Müller, die im Beueler Rathaus die Ausstellungen „Bernstein – Gold der Ostsee“ und „Bilder aus Königsberg“ des russischen Malers Wladimir Tsikin ermöglicht hatten.

Eine Überraschung gab es für Brigitte Parplies durch die Überreichung der Silbernen Ehrennadel, womit v. Gottberg ihre langjährige Arbeit als Schriftleiterin der Monatschrift „Ostpreußenruf“ würdigte. Brigitte Parplies habe Maßstäbe für Publikationen dieser Art gesetzt.

Die „Festliche Stunde“ klang aus mit dem Ostpreußenlied. Am Ausgang konnte jeder eine graphisch aufwendig gestaltete Festschrift erwerben und eine prächtige Reproduktion der Ostpreußenkarte des berühmten Kartographen und Pfarrers Kaspar Henneberger aus den 80er Jahren des 16. Jahrhunderts – Teil der „Großen Landtafel von Preußen“.

Wer sich für diese Festgaben der Kreisgruppe interessiert, wende sich an den Vorsitzenden, Manfred Ruhnau, Bahnhofstraße 35 B, 53757 Sankt Augustin. Elimar Schubbe



„Festliche Stunde“: Vorsitzender Manfred Ruhnau begrüßte Landsleute und Gäste zur Jubiläumsveranstaltung der Gruppe Bonn Foto: privat

Im Juli 1943 wurde auf Initiative und unter Anleitung der Sowjets von führenden Mitgliedern der KPD im Exil in Krasnogorsk bei Moskau das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ (NKFD) gegründet. In der kommunistischen Geschichtsschreibung wird darauf Wert gelegt zu betonen, daß an der Gründung des NKFD kriegsgefangene deutsche Soldaten und Offiziere, „antifaschistisch eingestellte“ Arbeiter, Bauern und Angehörige der Intelligenz, ehemalige Reichstagsabgeordnete der KPD, Gewerkschaftsfunktionäre und Sozialdemokraten sowie „fortschrittliche Schriftsteller und Christen beider Konfessionen“ beteiligt waren.

Von Anfang an tarnte das NKFD seine im Interesse sowjetischer Ideologie und Machtpolitik liegende Arbeit und verdeckte die Tatsache, ein Instrument kommunistischer Infiltration und Zersetzung zu sein, durch Sprache und Bilder, durch Propaganda (nach außen) und Agitation (nach innen).

Kommunisten:

täradministration. Arbeitsgrundlage der sowjetischen Hilfstruppen waren „Richtlinien“ für die Arbeit der Kommunisten in den von der Roten Armee besetzten deutschen Gebieten, die unter sowjetischer Oberaufsicht und in Zusammenarbeit mit der Hilfs- und „Bündnis“-Organisation NKFD von einer Kommission des Zentralkomitees der KPD unter Leitung Ulbrichts ausgetüftelt worden waren.

Kommunistische Funktionäre und Historiker haben immer wieder dreist behauptet, diese Initiativgruppen hätten Richtlinien für den demokratischen (sic!) Neuaufbau in die Tat umgesetzt. Doch Obergenosse Ulbricht ließ gleich am Beginn des Einsatzes der von den Sowjets nach Deutschland geschickten politischen Kommandos die Katze aus dem Sack, als er in Einsatzbesprechungen von seinen Leuten verlangte:

ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Mitglieder darauf ausgehen, die freiheitliche, demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beeinträchtigen, verfassungswidrig sind. Das BVerfG konstatierte in seiner Urteilsbegründung, daß eine Partei auch dann verfassungswidrig sein kann, wenn sie die Realisierung ihrer verfassungs-



Sowjetischen Paß in der Tasche: Walter Ulbricht (re.) mit KPD-Funktionär Wilhelm Pieck (li.) und SPD-Politiker Otto Grotewohl (Mitte) 1946 in Berlin

»Es muß demokratisch aussehen«

Die Strategie der PDS funktioniert nach einem uralten Muster linksextremer Unterwanderung / Von Helmut BÄRWALD

nistischer Infiltration und Zersetzung zu sein, durch Sprache und Bilder, durch Propaganda (nach außen) und Agitation (nach innen).

So verbreitete das NKFD Propagandaparnen, in denen Begriffe und Werte wie Freiheit, Patriotismus, Nation vorkamen. Zu den vom NKFD aufgebauten Fassaden gehörte auch die Verwendung der Farben Schwarz-Weiß-Rot. Die nicht nur bei Kommunisten verhassten, beschimpften und bespuckten Farben des Deutschen Reiches bis 1918 wurden in Propagandakampagnen des NKFD bei der Gestaltung von Flugblättern und Flugschriften wie auch des offiziellen NKFD-Organs „Freies Deutschland“ verwendet.

In einem Gespräch mit dem jugoslawischen Kommunisten Tito im Jahre 1944 legte der sowjetische Tyrann Stalin seine Marschroute zur „Umwandlung“ Deutschlands nach dem Kriege offen:

„Im Gefolge dieses Krieges wird der Sieger dem Besiegten sein System aufzwingen!“

In einem Teil des nach dem Krieg zerstückelten Deutschlands, in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), wurde dieser Marschbefehl unverzüglich und gründlich befolgt.

30. April 1945: Noch war der Krieg nicht zu Ende, noch wurde in Deutschland gekämpft. An diesem Tage landete in der Nähe von Frankfurt an der Oder auf einem sowjetischen Feldflugplatz eine aus Moskau stammende Militärmaschine, der zehn deutsche Kommunisten entstiegen. Die „Gruppe Ulbricht“ war eingetroffen. Ihr Chef, sehr bald der deutsche Diktator von Moskaus Gnaden in der SBZ, dem späteren SED-Staat, trug einen sowjetischen Paß in der Tasche. Anfang Mai landeten noch zwei „Initiativgruppen“.

Alle drei Einsatzgruppen unterstanden der Sowjetischen Mil-

„Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“

Am 11. Juni 1945 nahm das Zentralkomitee der KPD offiziell seine Arbeit in der SBZ auf. Die drei Initiativgruppen wurden aufgelöst, ihre Mitglieder in hohe und höchste Parteiämter „versetzt“. Zu Beginn wurde die Bolschewisierung eines Teils Deutschlands, wurde die kommunistische Machtergreifung durch eine Fassade getarnt – es mußte demokratisch aussehen. Bereits einen Tag nach Erlass des Befehls Nr. 2 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) zog das KPD-Zentralkomitee einen bereits vor längerer Zeit formulierten Gründungsauftrag aus der Schublade.

In diesem Aufruf verkündete die KPD, knapp zehn Monate vor Gründung der SED und am Beginn des Bolschewisierungsprozesses, ihre Auffassung, „daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen (sic!) Entwicklungsbedingungen in Deutschland“. Im gleichen Aufruf versprach die KPD vielmehr die „Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“. Das Ergebnis derartiger „Versprechungen“ ist bekannt: Nach Jahren der Verfolgungen und des Terrors mit aktiver Beteiligung der 1946 gebildeten SED in der SBZ entstand im Herbst 1949 der SED-Unrechtsstaat. Die Deutsche Demokratische Republik war weder deutsch noch demokratisch, noch eine parlamentarische demokratische Republik.

Im August 1956 wurde vom Bundesverfassungsgericht die Fünfte Kolonne der SED, die KPD, in der Bundesrepublik Deutschland verboten. Grundlage des Verbotens war Artikel 21, Absatz 2, Satz 1 des Grundgesetzes, nach dem Parteien, die nach

widrigen Ziele zurückstellt, da sie im Augenblick keine Aussicht hat, sie zu verwirklichen. Die grundsätzliche Feindschaft gegen die bestehende Ordnung und der gleichzeitige Gebrauch dieser demokratischen Ordnung waren nach Auffassung der Verfassungsrichter kein Widerspruch, sondern durch die kommunistische, sozialistische Doktrin gefordert. Die demokratische Ordnung habe, folgte das BVerfG, für die KPD lediglich den Wert eines Instrumentes, mit dessen Hilfe diese Ordnung einmal beseitigt werden sollte. Es ist nicht abwegig, diese und ähnliche Feststellungen der Karlsruher Richter zur Begründung des Verbotes der KPD in der Gegenwart zur Beurteilung der DKP, der SED-Fortsetzungspartei

Schon 1945 versprochen Ulbrichts Kommunisten den »demokratischen Neuaufbau« – was kam, war die DDR

PDS und anderer kommunistisch/sozialistischer Organisationen heranzuziehen.

Die KPD ging, angeleitet und ausgehalten von der SED, in den Untergrund. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre hatten führende Politiker auf Bundesebene und die Innenminister der Länder immer wieder darauf hingewiesen, daß es nach Artikel 21 GG durchaus möglich sei, eine kommunistische Partei zu gründen, wenn diese auf dem Boden des Grundgesetzes steht. Die Kommunisten nahmen, nach anfänglichem Zögern, dieses Angebot an. Im September 1968 wurde von Funktionären des illegalen KPD-Apparates die „Neukonstituierung“ der Kommunistischen Partei bekanntgegeben. Aus der verbotenen KPD wurde durch Versetzen eines Buchstabens die „verfassungstreue“ DKP.

Immer wieder bekannte und bekannt sich die DKP zur verfassungsmäßigen Ordnung des

Grundgesetzes und zur „Verteidigung“ der im Grundgesetz verkündeten demokratischen Grundrechte und Grundsätze. Die DKP trachte danach, die politische und gesellschaftliche Wirklichkeit in Deutschland mit den im Grundgesetz verkündeten demokratischen Prinzipien in Einklang zu bringen. Ihr eigentliches Ziel, eine sozialistische Gesellschaftsordnung, hat die DKP nicht aufgegeben. Nur, der Weg dahin muß halt demokratisch aussehen.

Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre brachen staatlich organisierte Systeme des „real existierenden Sozialismus“ zusammen. Auch der SED-Staat, seine Strukturen und seine Apparate krachten unter Zurücklassung riesiger, schwer zu beseitigender Trümmerberge zusammen. Doch die den SED-Staat tragende und bestimmende Partei, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, blieb bestehen, gab sich einen neuen Vorstand, schlüpfte im Dezember 1989 für zwei Monate in ein Gewand mit der Signatur SED-PDS. Zwei Monate später präsentierte sich die (alte) SED als nur dem Namen nach neue Partei des Demokratischen Sozialismus – PDS. Ab diesem Zeitpunkt wurde nicht mehr der „alte“ Sozialismus der SED, sondern der „neue“ Sozialismus der PDS verkündet. Der PDS-Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch erklärte zehn Jahre nach der Namensänderung, die Streichung des Namens „SED“ sei vor allem eine Entscheidung über die einzuschlagende Grundrichtung der Partei gewesen:

„Es ging um den Aufbruch zu einer demokratischen, pluralistischen Linkspartei, die Kraft und Kompetenz aus einer Vielfalt von Traditionen und Gedanken, aus produktivem Streit und vor allem aus enger Wechselwirkung mit den Bürgerinnen und Bürgern, Interessenlagen, aktuellen und zukunftsorientierten Herausforderungen erlangt. Diese Richtungsentscheidung hat sich als

erfolgreich und zukunftssträftig erwiesen. Auch auf ihrer Basis konnte die PDS einen Beitrag dazu leisten, die Chance für eine sozialistische Alternative in Deutschland zu erhalten. Für einen demokratischen, modernen, reformorientierten Sozialismus, der im sozialen wie ökologischen Umbau der Gesellschaft und in ihrer Demokratisierung Ansätze für die Lösung der großen gesellschaftlichen Probleme sieht.“

Der „neue Sozialismus“ kommt auf Samtpfötchen daher. Es muß demokratisch aussehen! Neu ist nicht der Inhalt des Sozialismus in all seinen nicht immer klar umrissenen Spielarten. Neu, präziser: anders sind Argumente, Propaganda und Phrasen sowie organisatorische Strukturen. Die staatliche Organisiertheit des Sozialismus ist erst einmal weggefallen, als Ziel jedoch nicht aufgegeben. Nun wird ein „demokratischer“ Sozialismus propagiert und zu Leitlinien in Programmen und praktischen politischen Handelns unter Ausnutzung demokratischer, parlamentarischer Strukturen gemacht. Prof. Michael Schumann (der im Dezember vergangenen Jahres tödlich verunglückte) war Mitglied des PDS-Bundesvorstandes und der Historischen Kommission der Partei und einer der „Vordenker“ der SED-Fortsetzungspartei. 1997 schrieb er:

„Nicht zuletzt die kritische Analyse der geschichtlichen Erfahrungen hat die PDS zu einer programmatischen Neuorientierung in Richtung auf einen modernen Sozialismus geführt, der die ambivalenten demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen der kapitalistischen Gesellschaft, bei all ihren Mängeln und ihrer Reformbedürftigkeit, auch als Voraussetzungen und Formen für die Durchsetzung sozialistischer Ziele und unverzichtbare Entwicklungspotentiale der Gesellschaft begreift.“

Fortsetzung folgt